

Coverfotos von links nach rechts obere Reihe:
Hermann Schulze-Delitzsch, Alphonse Desjardins, Ferdinand Lassalle

Coverfotos von links nach rechts untere Reihe:
Victor Aimé Huber, Robert Owen, Friedrich Wilhelm Raiffeisen

Inhalt

Geleitworte

Christoph Badelt
Rektor der Wirtschaftsuniversität Wien 5

Hans Hofinger
Vorstandsvorsitzender und Verbandsanwalt des Österreichischen
Genossenschaftsverbandes (Schulze-Delitzsch) 7

Walter Rothensteiner
Generalanwalt des Österreichischen Raiffeisenverbandes und
Generaldirektor und Vorstandsvorsitzender der Raiffeisen
Zentralbank Österreich AG (RZB) 9

Karl Wurm
Obmann des Österreichischen Verbandes gemeinnütziger
Bauvereinigungen – Revisionsverband 11

100 Jahre genossenschaftswissenschaftliche Forschung und Lehre an der Wirtschaftsuniversität Wien

Der Zeitraum von 1898 bis 1975
Josef Mugler 13

Der Zeitraum von 1976 bis 2004
Josef Mugler 23

The Institute for Co-operation and Co-operatives (RiCC)
Dietmar Rößl 29

1. Die Gründung des RiCC – Research Institute for
Co-operation and Co-operatives 29
2. Das RiCC in der Lehre 31
3. Das RiCC in der Forschung..... 33
4. Das RiCC in der Scientific Community und seine
wissenschaftlichen Publikationen 36
5. Das RiCC in der Praxis und seine populärwissenschaftlichen
Publikationen 44
6. Das RiCC und seine Leistungsdaten 45

Genossenschafts- und kooperationswissenschaftliche
Forschungsfelder
Isabella Hatak / Richard Lang / Elisabeth Reiner / Dietmar Rößl 49

1. Koordination kooperativer Arrangements..... 49
2. Kooperationen und Genossenschaften im kommunalen
und regionalen Kontext 54
3. Sozialkapital im genossenschaftlichen Wohnbau 63
4. Genossenschaftsrechtliche Fragestellungen..... 66

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 71

Geleitwort Christoph Badelt

1912/13 wurde an der Wirtschaftsuniversität – damals k.k. Exportakademie – die erste selbständige den Genossenschaften gewidmete Lehrveranstaltung abgehalten. Seither hat sich die WU in Lehre und Forschung immer wieder den Genossenschaften gewidmet.

Für die universitäre Auseinandersetzung mit Genossenschaften gibt es eine Reihe wichtiger Argumente:

- Zum einen stellen Genossenschaften aufgrund ihrer Förderwirtschaftlichkeit nicht nur eine eigene Rechtsform, sondern einen eigenen Organisationstyp dar. Ist doch der Ausgangspunkt einer Genossenschaft kein Rentabilitätsziel, sondern die Erreichung eines Sachziels, wie die Schaffung von Absatz- oder Beschaffungsmöglichkeiten oder die Versorgung mit Wohnraum. Genossenschafter bringen sich daher nicht nur als Eigentümer der Genossenschaft, sondern auch als Marktpartner in das genossenschaftliche Geschäftsmodell ein.
- Zum zweiten haben Genossenschaften weltweit mit über einer Milliarde Mitglieder aber gerade auch in Österreich im Bankbereich, der Landwirtschaft und der Wohnungswirtschaft erhebliche wirtschaftliche Bedeutung erlangt.
- Und schließlich haben Genossenschaften auch gesellschaftspolitische Relevanz, können doch über solidarisches Eigentum – neben individuellem und kollektivem Eigentum – und demokratische Selbstverwaltung partizipative Projekte organisiert werden. Daher werden Genossenschaften heute auch rund um Schlagwörter wie „crowd financing“, „nachhaltige Energieprojekte“, „Altenbetreuung“ oder „Bürgerbeteiligungsmodelle“ thematisiert.

All dies gibt weiten Raum für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Genossenschaften in Lehre und Forschung.

Als Rektor der Wirtschaftsuniversität möchte ich aber an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen, dass die Genossenschaftssektoren in vielerlei Hinsicht als Partner und Förderer der Wirtschaftsuniversität aktiv sind. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken.

Ich wünsche der Genossenschaftsforschung auch weiterhin viel Elan und Erfolg.

Geleitwort

Hans Hofinger

Wie die aktuelle Krise zeigt, sind Genossenschaften ein unverzichtbarer Teil unserer Wirtschaft. Unsere Werte der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung stehen für ein alternatives Wirtschaftsmodell, das den Menschen und nicht allein das Kapital in den Mittelpunkt stellt. Förderung und demokratische Mitbestimmung der Mitglieder machen die Genossenschaft auch zu einem gesellschaftspolitischen Modell, wenn es darum geht strukturschwache Gebiete zu beleben und den regionalen Zusammenhalt zu stärken.

Traditionelle Ansätze der Betriebswirtschaftslehre greifen gewöhnlich zu kurz, um Entwicklung und Auswirkung genossenschaftlicher Betriebe zu analysieren. Das Studium von Genossenschaften verlangt nicht nur eine interdisziplinäre Zusammenarbeit von Fachgebieten, sondern vor allem einen starken Bezug zur Praxis. Empirische Forschungsarbeit und die enge Beziehung zwischen Forschung und Lehre am RiCC – Research Institute for Co-operation and Co-operatives sichert der Forschung praxisrelevante Fragestellungen und den Genossenschaften umsetzbare Problemlösungen.

Neben meinen Studien der Rechtswissenschaft und der Volkswirtschaft hat sich mein Studium der Wirtschaftspädagogik sich als sehr nützlich erwiesen, als mich 1991 Professor Dr. Wolfgang Kemmettmüller fragte, ob ich am damaligen Forschungsinstitut für BWL der Genossenschaften als Lehrbeauftragter das Thema Genossenschaften unterrichten wolle.

Zum Jubiläum des Instituts gratuliere ich ganz herzlich und bin der Wirtschaftsuniversität Wien sehr dankbar, dass sie das Fach Genossenschaftswesen als fixen Bestandteil ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit betrachtet. Mein Dank gilt insbesondere allen Professoren und Mitarbeitern, die in den letzten 100 Jahren dazu beigetragen haben, die Tradition in die Zukunft zu begleiten. Ich bin überzeugt, dass Genossenschaften für die Fragestellungen der Zukunft sozial- und wirtschaftspolitisch überzeugende Antworten bieten und die gedeihliche Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis dazu weiterhin einen wesentlichen Beitrag leisten kann .

Geleitwort

Walter Rothensteiner

Die Bündelung der Kräfte von vielen Beteiligten ist zwar ein einfaches Erfolgskonzept aber erwiesenermaßen auch ein höchst erfolgreiches: in Österreich, in Europa, in der ganzen Welt. Genossenschaftliche Werte und Grundsätze mögen oberflächlich betrachtet simple Wahrheiten darstellen und daher ungeeignet scheinen für unsere heutige komplexe Welt mit ihren globalen Problemstellungen. Gerade das Gegenteil ist zutreffend. Unternehmensgruppen in denen genossenschaftliches Denken vorherrscht, leben in unterschiedlichen Branchen vor, wie wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Verantwortung, regionale Verwurzelung und internationale Aktivität, Sicherheit und Vertrauen schaffen können. Damit sind sie auch heute eine starke Antwort auf die Krisen unserer Zeit und deren Herausforderungen.

Die Fähigkeit sich einer geänderten oder neuen Umwelt anzupassen, war und ist seit jeher ein Schlüsselfaktor des genossenschaftlichen Erfolges. Für diese Weiterentwicklung kann die Forschung und Lehre der Genossenschaftswissenschaft ein wichtiger und wertvoller Partner sein. Ein reger Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis wird daher eine solche Partnerschaft zum gegenseitigen Nutzen vertiefen und verfestigen.

Die vielfältige Unterstützung der Genossenschaftswissenschaft ist Raiffeisen Österreich ein wichtiges Anliegen. Dies nicht nur anlassbezogen, wie z.B. im Internationalen Jahr der Genossenschaften der UNO, sondern grundsätzlich.

Ich gratuliere der genossenschaftswissenschaftlichen Forschung und Lehre an der WU zum Jubiläum und wünsche für die nächsten 100 Jahre viel geistige Kraft und neugieriges Vorausdenken, aber auch viel Erfolg dabei, Studierende und junge Wissenschaftler für das Genossenschaftswesen zu interessieren.

Geleitwort Karl Wurm

100 Jahre wird nun also schon an der Wirtschaftsuniversität in genossenschaftswissenschaftlichen Belangen geforscht und gelehrt.

Verdienstvolle Forschung und Lehre für ein Wirtschafts- und Sozialmodell, das nichts an seiner Fortschrittlichkeit und Aktualität eingebüßt hat, mehr noch, das heute zeitgemäßer und notwendiger ist denn je:

Der Finanzkapitalismus und die kurzfristig orientierte Shareholder-Value-Ideologie haben dem sozialen und wirtschaftlichen Gefüge tiefe Risse zugefügt, es schwer erschüttert. Genossenschaften, einst aus der Not geboren, stellen eine glaubwürdige und wirksame Alternative zum rendite- und investororientierten Wirtschaften dar.

Das zeigt sich ganz besonders im Wohnbau: Hier generiert das auf den genossenschaftlichen Prinzipien der Kostendeckung, Vermögensbindung, spekulationsfreien Bewirtschaftung und kontinuierlichen Instandhaltung sowie Revision basierende „Geschäftsmodell“ der Gemeinnützigen nicht nur einen „Member Value“, also einen Vorteil für die Bewohner, durch günstige Wohnungsmieten, überwiegend unbefristete Mietverträge, generationenübergreifende Bewirtschaftung und Sanierung des 840.000 Wohnungen zählenden Wohnungsbestandes sowie – resultierend aus dem solidarischen Eigentum – gesteigerte Mitentscheidungsmöglichkeiten, sondern darüber hinausgehend auch einen „Public Value“. Gerade im Lichte allgemein steigender Wohnkostenbelastung entsprechen diese Qualitäten, dieses nachhaltige und solidarische Wirtschaften von grundsoliden Unternehmen dem Puls der Zeit. Bestätigt wurde das jüngst in einer breit angelegten Studie des Forschungsinstituts für Kooperationen und Genossenschaften der WU.

Der Zeitraum von 1898 bis 1975

Josef Mugler

Ein Hinweis auf Genossenschaften findet sich bereits im ersten verfügbaren „Programm für die Export-Akademie des k.k. Österreichischen Handelsmuseums in Wien“ für das zweite Studienjahr 1899/1900, allerdings nicht im Lehrstoff des einjährigen Vorbereitungskurses (später „Allgemeine Abteilung“ genannt) oder der zweijährigen Akademie, sondern im „Regulativ für die Aufnahmeprüfung“, in dem „Anforderungen bei der Aufnahmeprüfung für Absolventen einer höheren Handelsschule (Handelsakademie)“ und „...für Mittelschul-Abiturienten“ formuliert sind. In diesen Anforderungen sind im Rahmen der Position „5. Handels- und Wechselrecht“ (bzw. für Mittelschul-Abiturienten: „5. Handels- und Wechselkunde“) auch Kenntnisse über „Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften“ verlangt.

Im Rahmen des Lehrplans tauchen Genossenschaften erstmals im Vorlesungsverzeichnis für das 8. Studienjahr 1905/06 auf und zwar in den „Spezialkursen für das Bankgeschäft“, in welchen auch „Kreditgenossenschaften“ zu behandeln waren. Leiter dieser Lehrveranstaltung war der k.k.o. Professor für politische Ökonomie Dr. Siegmund Feilbogen. Ebenfalls ab dem 8. Studienjahr wurden „Kommerzielle Kurse für Juristen“ angeboten, in deren Rahmen von k.k.o. Professor Regierungsrat Anton Schmid, dem Leiter der Akademie, auch die Buchhaltung bei Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zu behandeln war. Im 9. Studienjahr 1906/07 wurde daneben ein besonderer „Kommerzieller Kurs für die rechtskundigen Beamten der Stadt Wien“ angeboten, in dem Schmid ebenfalls die Buchhaltung von Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zu behandeln hatte. Ab dem 9. Studienjahr 1906/07 taucht in den Spezialkursen für das Bankgeschäft ein Kurs für „Bücher- und Bilanzrevision in Theorie und Praxis“ auf, in dem auch einschlägige Inhalte über Genossenschaften vorgesehen waren. Als Vortragender ist Prof. Richard Singer, Bureauchef der k.k. priv. Österr. Kreditanstalt für Handel und Gewerbe, genannt. Ab dem 11. Studienjahr 1908/09 wird im Rahmen eines der Spezialkurse für das Bankgeschäft über „die Besteuerung von der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen in der Praxis“, gehalten von Dr. Karl Satzinger, k.k. Kommissär der n.-ö.

Finanzlandesdirektion und Professor an der Wiener Gremial-Handelsschule, u.a. die Besteuerung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften explizit erwähnt. Beide Kurse, sowohl jener über die Bücher- und Bilanzrevision als auch jener über die Besteuerung, wurden von Anfang an auch als „Allgemein zugängliche Spezialkurse und Abendvorlesungen“ angeboten.

Es ist anzunehmen, dass auch außerhalb der Kurse, in welchen der Begriff „Genossenschaften“ explizit vorkommt, diese Thematik behandelt wurde. Das könnte beispielsweise in den Vorlesungen über Volkswirtschaftslehre der Fall gewesen sein, in welchen auch eine Auseinandersetzung mit „Unternehmensformen“ vorgesehen war, oder im „Wirtschaftlichen Seminar“, in welchem auch Interessenvertretungen und gemeinwirtschaftliche Betriebe als Gegenstand ausdrücklich erwähnt sind.¹

Erstmals im 15. Studienjahr 1912/13 findet sich im Vorlesungsverzeichnis unter den „allgemein zugänglichen Spezialkursen und Abendkursen“ ein selbstständiger Kurs (Nummer 19) mit der Bezeichnung „Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Österreich unter besonderer Berücksichtigung der Reformvorschläge“. Vortragender war Dr. Siegmund Grünberg, k.k. Landesgerichtsrat beim Handelsgericht Wien (später Vorsitzender eines Rates beim Wiener Oberlandesgericht). Die erste Vorlesung im Rahmen dieses Kurses war für Montag, 14. Oktober 1912, 7-8 Uhr abends im Hörsaal IV (der Exportakademie an der damaligen Adresse im Palais Festetics, 9. Bezirk, Berggasse 16) angekündigt. Mit diesem Tag kann der Beginn der selbständigen Lehrveranstaltungen zum Genossenschaftswesen an der k.k. Exportakademie und damit der Wirtschaftsuniversität Wien angesetzt werden. Die Vorlesung sollte sich mit folgenden Themen² befassen: Wesen, Ziele und Entwicklung der Genossenschaften, Errichtung, Organe, Rechtsverhältnisse zu den Mitgliedern, behördliche Aufsicht und Revision, Auflösung und Liquidation sowie Strafbestimmungen. Diese Vorlesung findet sich jährlich für das Wintersemester in den Vorlesungsverzeichnissen bis 1916/17 und dann nochmals im Studienjahr 1918/19 unter der Leitung desselben Vortragenden. Obwohl Grünberg als tit. a.o. Professor regelmäßig weiterhin

¹ siehe z.B. das Vorlesungsverzeichnis für das 13. Studienjahr 1910/11

² ausführlicher siehe Vorlesungsverzeichnisse

bis zum Studienjahr 1931/32 juristische Lehrveranstaltungen hielt, findet sich darunter in der Folge keine mehr über Genossenschaften. Grünberg publizierte vor allem über Transportrecht, Arbeitsrecht und Handelsrecht, jedoch zweimal (1912 und 1913) auch über Genossenschaftsrecht.³

Erst im Studienjahr 1929/30 tauchen Lehrveranstaltungen über Genossenschaftswesen wieder im Vorlesungsverzeichnis auf, jetzt allerdings im Fach Volkswirtschaftslehre. Gehalten wurden diese Lehrveranstaltungen von Dr. Otto Neudörfer, Privatdozent und tit. a.o. Professor an der Hochschule für Bodenkultur, Anwalt des Allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Österreich und Zensor der Österr. Nationalbank. Die Titel seiner Lehrveranstaltungen lauteten im Wintersemester „Einführung in das Genossenschaftswesen“ und im Sommersemester „Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften des Gewerbe- und Handelsstandes“. Diese Lehrveranstaltungen wurden auch in den folgenden Studienjahren 1930/31 und 1931/32 angeboten.

Dann trat wieder eine Pause ein, die erst mit der Besetzung der neu eingerichteten außerordentlichen Lehrkanzel für das Kleingewerbe mit Prof. Willy Bouffier zu Beginn des Wintersemesters 1936/37 ein Ende fand. Von wem immer der Anstoß dazu gekommen sein mag, feststeht, dass sich der Landwirtschaftsminister a.D. und Präsident der GÖC (Großeinkaufsgesellschaft für österreichische Consumvereine) Dr. Ludwig Strobl mit Schreiben vom 17.11.1936 an das Professorenkollegium um einen Lehrauftrag für „Genossenschaftswesen mit praktischen Übungen“ bewarb. Die Professoren Karl Oberparleiter und Willy Bouffier befürworteten in einer gutachterlichen Stellungnahme vom 10.12.1936 die Erteilung dieses Lehrauftrags, der mit Beschluss des Professorenkollegiums vom 29.1.1937, allerdings mit der Bezeichnung „Genossenschaftsrecht“ schon im Sommersemester 1937 erstmals abgehalten wurde. In den damals noch üblichen Jahresvorlesungsverzeichnissen wurde dieser Lehrauftrag unter der ursprünglich vorgesehenen Bezeichnung für das Studienjahr 1937/38, und zwar im Rahmen der ebenfalls erstmals gesondert neben Warenhandel und Industrie, Bankwesen, Transportwesen und Versicherungswesen als fünfte aufgenommenen

³ Braßloff 1936: 19 f.

besonderen Betriebslehre des Kleingewerbes angekündigt. Mit dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich erfuhr die Lehrtätigkeit des Lehrstuhlinhabers Bouffier jedoch bald wieder eine längere Unterbrechung und die des Lehrbeauftragten Strobl ihr baldiges Ende.

Unter den Publikationen von Angehörigen der Hochschule über das Genossenschaftswesen ist aus dieser Zeit die ausführliche Würdigung der Genossenschaften für das Handwerk im Werk des damaligen tit. a.o. Professor Leopold Mayer⁴ zu erwähnen.

Professor Walter Heinrich, Assistent des Begründers der ganzheitlichen Schule Othmar Spann und 1933 an die Hochschule für Welthandel berufen, entwickelte eine Neustrukturierung der Volkswirtschaftspolitik nach dem Gesichtspunkt der Rangordnung (Stufen) und der Verbundenheit der Leistungsbereiche. Darin fanden die Verbandswirtschaften ihre logische Begründung und Bedeutung und in ihrem Rahmen daher auch die Genossenschaften. Wegen der Verfolgung Heinrichs im Nationalsozialismus erfolgte die Publikation seiner Hauptwerke allerdings im Wesentlichen erst nach 1945.⁵

Unter der Betreuung von Walter Heinrich entstanden die ersten einschlägigen Dissertationen von Anton Hammerschmid⁶ über „Beiträge zur Theorie des Genossenschaftswesens“ und von Helmuth Perz⁷ über „Die Genossenschaften in der österreichischen Landwirtschaft“. Unter der Betreuung von Professor Franz Dörfel entstand als erste betriebswirtschaftliche Dissertation jene von Karl Maresch⁸ über „Kontrolle und Revision im mitteleuropäischen Genossenschaftswesen unter besonderer Berücksichtigung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens“.

Während der nationalsozialistischen Ära wurde im Wintersemester 1941/42 eine besondere Betriebswirtschaftslehre der Genossenschaften als Prüfungsfach eingerichtet und von zwei Juristen betreut: Dr. Erwin Hanslik,

⁴ Mayer 1935

⁵ Heinrich 1948: 308; insbesondere Heinrich 1954: 51, bzw. in zweiter Auflage 1964: 252; Heinrich 1967: 50; ferner Heinrich 1953 und 1959.

⁶ Hammerschmid 1938

⁷ Perz 1938

⁸ Maresch 1939

Verbandsdirektor des donauländischen Raiffeisenverbandes, und Dr. Josef Zahn, Syndikus des donauländischen Genossenschaftsverbandes. Es wurden also sowohl die landwirtschaftlichen als auch die gewerblichen Genossenschaften behandelt. Obwohl Hanslik bis zum Ende der nationalsozialistischen Ära als Lehrbeauftragter geführt wurde, scheint von ihm ab dem Sommersemester 1943 keine Lehrveranstaltung mehr auf. Im Wintersemester 1943/44 war auch Diplomkaufmann und Diplomhandelslehrer Julius Schweitzer neben Josef Zahn als Lehrbeauftragter für den Bereich der landwirtschaftlichen Genossenschaften angekündigt.

Die einschlägige Lehre setzte nach einjähriger Unterbrechung im Sommersemester 1946 wieder ein, wenngleich noch mit sehr sparsamem Lehrprogramm, nämlich einer von Willy Bouffier als „Vortragsfolge“ (offenbar mit externen Vortragenden) angekündigten Lehrveranstaltung über „Die Stellung des Genossenschaftswesens in der österr. Wirtschaft“. In den darauf folgenden Semestern bis inklusive Wintersemester 1947/48 fanden sich einschlägige Lehrveranstaltungen allerdings wieder innerhalb der besonderen Betriebswirtschaftslehre des Kleingewerbes und nicht im Rahmen einer eigenständigen speziellen Betriebswirtschaftslehre der Genossenschaften.

Im Wintersemester 1946/47 traten erstmals zwei Lehrbeauftragte in Erscheinung, die dann mehr als ein Jahrzehnt im Bereich des Kleingewerbes und des Genossenschaftswesens mitwirken sollten: Für „Handwerkslehre“ engagierte Professor Willy Bouffier den damaligen „Leiterstellvertreter des Wirtschaftsförderungsinstitutes der Handelskammer“ Dkfm. Dr. Alois Koch, der wenig später dessen Direktor wurde, für eine Lehrveranstaltung über „Gemeinschaftsarbeit im Handwerk“. Für Genossenschaftswesen wurde Dkfm. Josef Rois, gerichtlich bestellter Genossenschaftsrevisor, wenig später dann Verbandsdirektor des österreichischen Genossenschaftsverbandes, als Lehrbeauftragter gewonnen.

Ab dem Sommersemester 1948 zeigt das Vorlesungsverzeichnis wieder eine spezielle Betriebswirtschaftslehre der Genossenschaften als selbstständiges Prüfungsfach. Die Lehre dazu wurde ausschließlich von Josef Rois bestritten.

Am 10.12.1953 wurde vom Professorenkollegium eine Neustrukturierung der besonderen Betriebswirtschaftslehren beschlossen. Dabei wurde die Selbstständigkeit der besonderen Betriebswirtschaftslehre des Kleingewerbes aufgegeben und diese mit der besonderen Betriebswirtschaftslehre der Industrie fusioniert. Gleichzeitig verlor das nur vom Lehrbeauftragten Josef Rois betreute Genossenschaftswesen überhaupt seine Position als besondere Betriebswirtschaftslehre und wurde ohne Zuordnung zu einer speziellen Betriebswirtschaftslehre unter „Sondergebiete“ weitergeführt. Die Vorlesung über Revision der Genossenschaften wurde fortan bis inklusive Wintersemester 1955/56 von Professor Leopold L. Illetschko zusammen mit Josef Rois angekündigt. Ab dem Sommersemester 1956 war Josef Rois für die Lehrveranstaltung über Genossenschaftsrevision wieder allein angekündigt und ab dem Wintersemester 1956/57 wurde diese aus den „Sondergebieten“ in die neu geschaffene spezielle Betriebswirtschaftslehre „Revision und Wirtschaftsprüfung“ eingegliedert. Die Lehrveranstaltungen über Grundlagen des Genossenschaftswesens (mit verschiedenen Titelvarianten) und über Kreditgenossenschaften (bzw. in den Sommersemestern teilweise auch: „Kredit- und Warengenossenschaften“ bzw. „Genossenschaftsverbände, örtlicher und sachlicher Bereich“), die abwechselnd jedes zweite Semester gelesen wurden, wanderten dagegen in die Rubrik „Allgemeine Betriebs- und Verrechnungslehre“ (bzw. im Sommersemester 1962 in die Rubrik „Allgemeine Betriebswirtschaftslehre“).

Die Abhaltung dieser Lehrveranstaltungen ohne zugehöriges Prüfungsfach dürfte sich allerdings mit der Zeit für die Nachfrage als ungünstig erwiesen haben, denn der Lehrauftrag für Josef Rois wurde ab dem Sommersemester 1963 „mangels Bedarfes“ nicht mehr erteilt. Das Protokoll der Professorenkollegiumssitzung vom 8.2.1963 führt dazu aus: „Im Zusammenhang mit dem Widerruf des Lehrauftrages an Dkfm. Josef Rois entwickelt sich eine lebhafte Debatte, bei der Prof. Bouffier vorschlägt, die Lehrkanzelinhaber mögen die in ihrem Fachgebiet tätigen Lehrbeauftragten nach folgenden Gesichtspunkten überprüfen: Bedarf, akademische Graduierung sowie wissenschaftliche Betätigung.“

Während das Genossenschaftswesen bis dahin in der Lehre der Hochschule für Welthandel wiederholt – phasenweise sogar als eigenes Prüfungs-

fach – präsent war, trat nach dem Abgang des Lehrbeauftragten Josef Rois eine rund achtjährige Unterbrechung ein. Denn erst ab dem Studienjahr 1970/71 wurde wieder eine Vorlesung über Genossenschaftswesen angeboten, und zwar (wieder) im Rahmen der von Erich Hruschka betreuten speziellen Betriebswirtschaftslehre des Gewerbes und der Klein- und Mittelbetriebe. Der neue Lehrbeauftragte war Dr. Erik Wintersberger, Vorstandsmitglied des Österreichischen Genossenschaftsverbandes. Er hielt bis zum Wintersemester 1973/74 pro Semester eine Lehrveranstaltung, meist unter dem Titel „Österreichisches Genossenschaftswesen“, zuletzt einmal auch unter dem Titel „Genossenschaftliche Betriebsführung“. Obwohl Wintersberger danach keine Lehrveranstaltung mehr hielt, blieb er in den Vorlesungsverzeichnissen bis zum Sommersemester 1975 in der Liste der Lehrbeauftragten und Lektoren – möglicherweise war eine Wiederaufnahme seiner Lehrtätigkeit mehrmals geplant.

Die wirtschaftswissenschaftliche Verankerung des Genossenschaftswesens wurde – wie bereits erwähnt – an der Hochschule für Welthandel vor allem von Walter Heinrich betrieben, der nach dem Ende der nationalsozialistischen Ära nicht nur selbst die Rolle des Genossenschaftswesens in der Volkswirtschaft analysierte, sondern auch die meisten einschlägigen Dissertationen zur Bearbeitung vergab oder mitbetreute. Im Fachbereich Betriebswirtschaftslehre fand die wissenschaftliche Durchdringung des Genossenschaftswesens mit der Ernennung von Erich Hruschka zum Professor für Betriebswirtschaftslehre des Gewerbes und der Klein- und Mittelbetriebe im Jahr 1957 neuen Auftrieb. Hruschka, der das Lehrgebäude der ganzheitlichen Schule im Sinne Spanns und Heinrichs für die betriebswirtschaftliche Ebene weiterentwickelte, analysierte in seinen Schriften zur Gewerbeförderung dazu wiederholt das Potenzial der Genossenschaften.⁹ Vor allem in der ersten Zeit nach seiner Ernennung vergab Hruschka mehrere einschlägige Dissertationen selbst oder wirkte als Zweitbegutachter mit. Neben Hruschka scheinen als Betreuer in der Folge auch die Professoren Demetre Kalussis und Gottfried Theuer (beide vor allem für den Handelsbereich) sowie Willy Bouffier, Erich Loitsberger und Michael Hofmann auf. Bis Mitte der siebziger Jahre wuchs die Zahl der Dissertationen, die im Titel explizit einen Bezug

⁹ Hruschka 1958; Hruschka 1976

zum Genossenschaftswesen erkennen lassen, auf rund 25 an. Schließlich sollte nicht unerwähnt bleiben, dass Genossenschaften als über rein wirtschaftliche Belange hinausreichende Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens im hier betrachteten Zeitraum auch in der Forschung und Lehre anderer an der Hochschule für Welthandel vertretenen Disziplinen gelegentlich Berücksichtigung fanden, wie zum Beispiel in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte¹⁰ und der Soziologie.¹¹

Quellen

Braßloff, S. (1936): Siegmund Grünberg als juristischer Schriftsteller, Wien.

Brusatti, A. (1967): Wirtschafts- und Sozialgeschichte des industriellen Zeitalters, Graz.

Burghardt, A. (1980): Soziologie und Sozialpolitik, ausgewählte Schriften, Berlin.

Hammerschmid, A. (1937): Beiträge zur Theorie des Genossenschaftswesens, Berlin.

Heinrich, W. (1948): Wirtschaftspolitik, 1. Band, Wien.

Heinrich, W. (1953): Bewährung der Kreditgenossenschaften für das kleine und mittlere Handwerk, Wien.

Heinrich, W. (1954): Wirtschaftspolitik, 2. Band, 2. Halbband, Wien.

Heinrich, W. (1959): Der Gedanke von Hermann Schulze-Delitzsch in der heutigen Zeit, Wien.

Heinrich, W. (1964): Wirtschaftspolitik, 1. Band, 2. Aufl., Berlin.

Heinrich, W. (1967): Wirtschaftspolitik, 2. Band, 2. Hälfte, 2. Aufl., Berlin.

Hruschka, E. (1958): Betriebswirtschaftliche und allgemeine Gewerbeförderung, Wien.

Hruschka, E. (1976): Wettbewerbschancen für Klein- und Mittelbetriebe, Stuttgart.

¹⁰ Brusatti 1967

¹¹ Burghardt 1980

Maresch , K. (1939): Kontrolle und Revision im mitteleuropäischen Genossenschaftswesen unter besonderer Berücksichtigung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, Dissertation Hochschule für Welthandel, Wien.

Mayer, L. (1935): Grundlagen der handwerklichen Betriebswirtschaft, Bühl-Baden.

Perz, H. (1938): Die Genossenschaften in der österreichischen Landwirtschaft, Dissertation Hochschule für Welthandel, Wien.

Der Zeitraum von 1976 bis 2004

Josef Mugler¹²

Eine neue Ära für das Genossenschaftswesen an der Hochschule für Welthandel begann im Sommersemester 1976, als der seit 1973 habilitierte Assistent am Institut für Betriebswirtschaftslehre des Gewerbes und der Klein- und Mittelbetriebe Wolfgang Kemmettmüller erstmals eine Vorlesung über „Kooperationsprobleme: Gewerbebetriebe und Genossenschaften“ anbot. Das Angebot an einschlägigen Lehrveranstaltungen wurde bis zur Emeritierung des Vorstands des Instituts (bzw. der Abteilung) für Betriebswirtschaftslehre des Gewerbes und der Klein- und Mittelbetriebe Prof. Dr. Erich Hruschka im Jahr 1980 durch Lehraufträge an Dr. Victor Spicka, Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien, und an Dr. Michael Walter, der eine aus Fördermitteln des Raiffeisensektors finanzierte Assistentenstelle innehatte, weiter ausgebaut. Wolfgang Kemmettmüller wurde mit 1.9.1979 zum a.o. Professor ernannt.

Im Rahmen der Neugestaltung der Lehre nach der Übernahme des Lehrstuhls durch Josef Mugler im Jahr 1982 wurde im Rahmen des Diplomprüfungsfaches Betriebswirtschaftslehre des Gewerbes und der Klein- und Mittelbetriebe neben der Hauptvertiefungsrichtung für Klein- und Mittelbetriebe ab dem WS 1983/84 eine eigene Vertiefungsrichtung für Genossenschaften geschaffen, deren Betreuung Prof. Wolfgang Kemmettmüller oblag. Diese Vertiefungsrichtung im Rahmen der speziellen Betriebswirtschaftslehre des Gewerbes und der Klein- und Mittelbetriebe blieb bis zum Sommersemester 2001 bestehen. Mit dem Wintersemester 2001/02 wurde das Fach Genossenschaftswesen im Diplomstudium sogar als ein eigenes Diplomprüfungsfach in Form einer speziellen Betriebswirtschaftslehre eingerichtet und bis zum Sommersemester 2005 von Prof. Kemmettmüller und dann bis zum Auslaufen dieses Studienplans im Jahr 2012 von Prof. Rößl, dem späteren Leiter des Forschungsinstituts, betreut. Parallel dazu wurde

¹² Der Verfasser dankt Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Instituts für KMU-Management und des Forschungsinstituts für Kooperationen und Genossenschaften für die Sammlung einschlägiger Daten sowie Herrn Prof. Dr. Wolfgang Kemmettmüller für Hinweise zu diesem Zeitraum.

das Fach im Zuge der „Bologna-Reform“ im neuen Bachelorstudium im Wintersemester 2007 als Vertiefungsschiene wieder in die spezielle Betriebswirtschaftslehre der Klein- und Mittelbetriebe reintegriert (siehe unten).

Die aus Drittmitteln bezahlte Assistentenstelle war nach dem Ausscheiden von Michael Walter in den achtziger Jahren mit Alexander Luger, Dietmar Rößl, Alexander Keil, sowie ab 1991 mit Michael Schmidt und ab dem Jahr 2000 mit Martin Paier besetzt. Aufgrund zusätzlicher Funktionen, die Wolfgang Kemmettmüller an der Wirtschaftsuniversität übernahm, vor allem der Leitung der Fachgruppe Betriebswirtschaft und des Großteils der Ausbildung in Kostenrechnung, kamen gegen Ende der achtziger und vor allem im Verlauf der neunziger Jahre weitere Assistenten hinzu, die jedoch vorwiegend für diese anderen Aufgaben eingesetzt waren. Zusätzlich zu Victor Spicka, der sich vor allem mit der Finanzierung des Genossenschaftsbetriebes befasste, wurden im Verlauf der achtziger Jahre Dr. Hans Kirschbichler, Direktor der Raiffeisenakademie, und Dr. Josef Hohenecker, Universität für Bodenkultur, als Lehrbeauftragte gewonnen.

Ebenfalls in der ersten Hälfte der achtziger Jahre begannen auf Initiative von Altrektor Prof. Dr. Alois Brusatti Verhandlungen mit dem Raiffeisen-sektor zwecks Schaffung einer eigenen Organisationseinheit für das Genossenschaftswesen. Mit Datum 15.2.1989 wurde schließlich, nachdem ein entsprechender Beschluss im Universitätskollegium schon am 6.12.1985 gefasst worden war, ein Forschungsinstitut für Betriebswirtschaftslehre der Genossenschaften (als besondere Universitätseinrichtung nach § 83 UOG) gegründet und Wolfgang Kemmettmüller zu dessen Vorstand bestellt.

Danach wurde der Kreis der Lehrbeauftragten abermals sukzessive erweitert: Ab dem Sommersemester 1989 lehrte Mag. Dipl.-Ing. Mario Patera, Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen der Universität Wien, über einige Semester über die Corporate Identity von Genossenschaften, ab dem Wintersemester 1989/90 Univ.-Doz. Dr. Anton Rauter, Konsum Österreich, über Internationales Genossenschaftswesen und ab dem Wintersemesters 1990/91 DDr. Hans Hofinger, Österreichischer Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch), über Genossenschaften als Rechtsform für den Mittelstand. Schließlich war ab dem Wintersemester 1992/93 mit Dr. Herbert Ludl auch der Sektor der Wohnbaugenossenschaften im Team der Lehrbeauftrag-

ten vertreten. Als Vertreter der Konsumgenossenschaften folgte im Wintersemester 1994/95 Dr. Günter Strauch als Lehrbeauftragter Anton Rauter nach, der aber – auch auf Basis seiner an der Universität Innsbruck erworbenen Lehrbefugnis für Betriebswirtschaftslehre – seine Lehrtätigkeit weiterhin bis zur Neuordnung des Lehrprogramms im Jahr 2005 ausübte. Ab dem Wintersemester 1997/98 traten Dr. Walter Rothensteiner und Mag. Andreas Zakostelsky als Vertreter des Raiffeisensektors in den Kreis der Lehrbeauftragten ein. Im Sommersemester 2000 übergab Victor Spicka nach zwanzig Jahre währender Lehrtätigkeit die Betreuung der Vorlesung über Finanzierung der Genossenschaften an Mag. Karl Pichlmayr, Raiffeisenholding NÖ-Wien. Dr. Rainer Borns, Österreichischer Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch), begann seine Lehrtätigkeit im Sommersemester 2001. Durch die Mitwirkungsbereitschaft der externen Lehrbeauftragten konnte die Zahl der Lehrveranstaltungen über Betriebswirtschaftslehre der Genossenschaften in den letzten Studienjahren vor der Neuordnung 2005 auf rund zehn Lehrveranstaltungen pro Semester gesteigert werden.

Für die Forschung wurden nach der Neuübernahme des Lehrstuhls für Betriebswirtschaftslehre des Gewerbes und der Klein- und Mittelbetriebe durch Josef Mugler im Jahr 1982 im Einvernehmen mit Wolfgang Kemmettmüller folgende Schwerpunkte definiert:¹³

- „Besonderheiten, die sich aus der Doppelnatur, dem Förderauftrag und aus der Rechtsform der Genossenschaften für deren Führung, Organisation und Kontrolle ergeben;
- Probleme der Konzentration;
- Probleme der Produktivgenossenschaften als Beispiel einer arbeitsorientierten Einzelwirtschaftslehre;
- Probleme des landwirtschaftlichen Sektors.“

Diese wurden in der Folge den Entwicklungen sowohl der Betriebswirtschaftslehre als auch den Bedürfnissen der einzelnen Sektoren im österreichischen Genossenschaftswesen laufend angepasst.

¹³ Mugler 1983: 21

Im Rahmen dieser Forschungstätigkeit entstanden zuerst am Institut (bzw. vorübergehend: Abteilung) für Betriebswirtschaftslehre des Gewerbes und der Klein- und Mittelbetriebe (1975 bis 1989) sieben Dissertationen und daran anschließend am Forschungsinstitut für Betriebswirtschaftslehre der Genossenschaften (1989 bis 2005) weitere drei Dissertationen sowie eine größere Zahl von Diplomarbeiten zu genossenschaftlichen Fragestellungen. Unter den Dissertationen sind diejenigen der Assistenten Michael Walter¹⁴, Alexander Luger¹⁵ und Michael Schmidt¹⁶ besonders hervorzuheben. Die Dissertation von Michael Schmidt wurde durch Publikation in der Serie „Forschungsergebnisse der Wirtschaftsuniversität Wien“ ausgezeichnet. Vereinzelt wurden Dissertationen auch in anderen Instituten der Wirtschaftsuniversität betreut. Weitere Publikationen erfolgten in Form von Sammelwerken¹⁷ und Beiträgen in Fachzeitschriften¹⁸. In den Sammelwerken publizierten neben den Institutsmitgliedern und Lektoren auch Kollegen aus anderen Fachgebieten der Wirtschaftsuniversität Wien, nämlich J. Hanns Pichler¹⁹ und Gottfried Theuer zusammen mit Franz F. Wagner²⁰.

Während im Wirkungsbereich des Forschungsinstituts für Betriebswirtschaftslehre der Genossenschaften der institutionelle Gesichtspunkt im Vordergrund stand, wurde am Institut für Betriebswirtschaftslehre der Klein- und Mittelbetriebe nach der „Ausgliederung“ des Forschungsinstituts der funktionale Gesichtspunkt der Kooperation in Forschung und Lehre weiter entwickelt. Nach einschlägigen Vorarbeiten und Publikationen in Fachzeitschriften wurde die Habilitationsschrift von Dietmar Rößl²¹ als Grundlagenwerk fertiggestellt und publiziert. Darauf bauten in der Folge weitere Forschungsarbeiten auf, aus welchen die Dissertation des inzwischen ebenfalls habilitierten Assistenten Matthias Fink²² beispielhaft hervorgehoben werden

¹⁴ Walter 1982

¹⁵ Luger 1984

¹⁶ Schmidt 1995

¹⁷ Kemmetmüller 1985; Kemmetmüller/Schmidt 1998; Rauter/Schmidt 2001

¹⁸ beispielsweise: Kemmetmüller/Schmidt 2000

¹⁹ Pichler 1985

²⁰ Theuer/Wagner 1985

²¹ Rößl 1994

²² Fink 2004

soll. Die verschiedenen Organisationsformen der zwischenbetrieblichen Kooperation und das Genossenschaftswesen „westlicher“ Prägung wurden nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gezielt auch in die für Universitätslehrer in den Reformländern veranstalteten Sommerhochschulkurse der Jahre 1992 bis 1994 eingebaut. Als Lehrbeauftragter dafür fungierte Dkfm. Mag. Oskar Wladarsch, Österreichischer Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch), der diesen Aspekt auch in Lehrveranstaltungen der Betriebswirtschaftslehre der Klein- und Mittelbetriebe einbrachte.

Quellen

Fink, M. (2004): Erfolgsfaktor „Selbstverpflichtung“ bei vertrauensbasierten Kooperationen, Dissertation Wirtschaftsuniversität Wien.

Kemmettmüller, W. (Hrsg.) (1985): Genossenschaften, Die Kooperationsform für den Mittelstand, Wien.

Kemmettmüller, W. / Schmidt, M. (Hrsg.) (1998): Genossenschaftliche Kooperationspraxis, Wien.

Kemmettmüller, W. / Schmidt, M. (2000): Genossenschaftsmanagement im Wandel, Die Gewerbliche Genossenschaft 128/1/2-14.

Luger, A. (1984): Erfolgsbeurteilung der Genossenschaft: Notwendigkeiten – Bestandsaufnahme – Untersuchung der Anwendbarkeit der „Quality of Life-Forschung“, Dissertation Wirtschaftsuniversität Wien.

Mugler, J. (1983): Neue Akzente in der Forschung, Österreichische Hochschulzeitung 35/-/21-23.

Pichler, J.H. (1985): Genossenschaften in der „Dritten Welt“, in: Kemmettmüller, W. (Hrsg.): Genossenschaften, Die Kooperationsform für den Mittelstand, Wien, 115-126.

Rauter, A. / Schmidt, M. (Hrsg.) (2001): Management in Profit- und Non-Profit-Organisationen, Festschrift für Wolfgang Kemmettmüller zum 60. Geburtstag, Wien.

Rößl, D. (1994): Gestaltung komplexer Austauschbeziehungen, Analyse zwischenbetrieblicher Kooperation, Wiesbaden.

Schmidt, M. (1995): Unternehmenskultur, Integration des kulturtheoretischen Forschungsansatzes in die Betriebs- und Genossenschaftslehre, Dissertation Wirtschaftsuniversität Wien.

Theuer, G. / Wagner F.F. (1985): Genossenschaftliche Organisationsstrukturen im Wandel: Der Konsum Österreich, als beobachtbarer Fall, in: Kemmetmüller, W. (Hrsg.): Genossenschaften, Die Kooperationsform für den Mittelstand, Wien, 287-311.

Walter, M.P. (1982): Die Problematik einer mitgliederbezogenen Rechnungslegung: unter besonderer Berücksichtigung des Genossenschaftswesens in Österreich, Dissertation Wirtschaftsuniversität Wien.

Institute for Co-operation and Co-operatives

Dietmar Rößl

1. Die Gründung des RiCC – Research Institute for Co-operation and Co-operatives

(Forschungsinstitut für Kooperationen und Genossenschaften)

Im Jahr 2005 stellte sich mit der Pensionierung von Wolfgang Kemmettmüller, dem langjährigen Leiter des Forschungsinstituts für Betriebswirtschaftslehre (BWL) für Genossenschaften, die Frage, ob und in welcher Form das Genossenschaftswesen an der WU weiter betreut werden soll. In dieser Phase haben der damalige Vorstand des Instituts für BWL der Klein- und Mittelbetriebe (nunmehr: Institut für KMU-Management), Josef Mugler, und Dietmar Rößl der Universitätsleitung die Bereitschaft zur Mitarbeit signalisiert. Rößl konnte auf die Abhaltung einschlägiger Lehrveranstaltungen und vor allem auf seine langjährigen Forschungsarbeiten im Bereich der zwischenbetrieblichen Kooperation und eine einschlägige Habilitation verweisen. Die Affinität des KMU-Instituts zum Genossenschaftswesen hat lange Tradition:

- Erstens wurden die Lehrveranstaltungen zum Genossenschaftswesen der WU über viele Jahre als Veranstaltungen des KMU-Instituts angekündigt,
- zweitens ist das Forschungsinstitut für BWL der Genossenschaften (als besondere Universitätseinrichtung nach §83 UOG) ja 1989 sozusagen als „spin-off“ des Instituts für BWL der Klein- und Mittelbetriebe hervorgegangen, als der ursprünglich diesem Institut zugeteilte außerordentliche Universitätsprofessor Wolfgang Kemmettmüller mit der Gründung und Leitung des Forschungsinstituts betraut wurde,
- und schließlich hat das Institut für KMU-Management immer wieder auch genossenschaftsspezifische Inhalte in seine Seminare aufgenommen. An erster Stelle ist hier die jahrelange Mitwirkung des ehemaligen Vorstandes für den Bereich der Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften im Österreichischen Genossenschaftsverband Oskar Wladarsch zu nennen.

Bei der Suche nach einem geeigneten organisatorischen Rahmen gab es verschiedene Aspekte zu berücksichtigen: An der WU wurde zu dieser Zeit die Grundstruktur der Studienprogramme auf die dreigliedrige „Bologna-Architektur“ bestehend aus 6-semesterigem Bachelor-, 4-semesterigem Master- und anschließendem PhD-Studium umgebaut, aber noch war „Genossenschaften“ als sogenannte spezielle Betriebswirtschaftslehre (SBWL) im Studienplan des – wenn auch auslaufenden – Diplomstudiums verankert; schon deshalb musste es ein entsprechendes Studienangebot geben. Dazu kam, dass jene Studierenden, die ihr Diplomstudium im Bereich „Genossenschaften“ aufgenommen hatten, natürlich die Möglichkeit haben mussten, es planmäßig abzuschließen. Manches sprach somit für eine Fortführung des „Forschungsinstituts für BWL der Genossenschaften“. Und auch seitens der Genossenschaftssektoren gab es deutliche Signale, eine Weiterführung zu unterstützen. Gleichzeitig wollte die Universität die Zahl der speziellen Betriebswirtschaftslehren im Bachelorstudium zurückfahren. Rößl wiederum war wichtig, dass sich diese Einheit nicht mit der Genossenschaft als Rechtsform, sondern mit der Genossenschaft als spezifische – kooperativ-förderwirtschaftliche – Organisationsform und mit dem Kooperationsphänomen an sich beschäftigt. Er plädierte für die Bezeichnung „Kooperationen und Genossenschaften“, um die Fokussierung des neuen Instituts auf das Management von Kooperationsbeziehungen im Allgemeinen und auf Genossenschaften als Spezialform kooperativer Organisationsformen im Besonderen deutlich zu machen.

Nach Gesprächen mit den Genossenschaftsverbänden – hier hat sich Karl Pichlmayr, Prokurist der Raiffeisenholding NÖ-Wien, als Drehscheibe dieser Gespräche äußerst verdient gemacht – und mit der Universitätsleitung wurde schließlich im Frühjahr 2005 vom Senat der WU das Forschungsinstitut (FOI) für Kooperationen und Genossenschaften (**RiCC** – Research Institute for Co-operation and Co-operatives) entsprechend der Satzung der WU eingerichtet und Dietmar Rößl in Form einer sogenannten „double affiliation“ diesem Institut dienstzugeteilt und zum Leiter bestellt. Parallel dazu wurde mit den Genossenschaftssektoren der Kooperationsvertrag ausformuliert – auch hier fungierte Karl Pichlmayr als Drehscheibe. Als Kooperationspartner und Förderer des **RiCC** fungieren seither:

-
- Österreichischer Genossenschaftsverband (Schulze – Delitzsch)
 - Österreichischer Raiffeisenverband
 - Österreichischer Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen-Revisionsverband
 - Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien reg. Gen.m.b.H.
 - Raiffeisen Zentralbank Österreich AG

Für die Zusammenarbeit mit den Förderern wurde ein Beirat eingerichtet, dem das **RiCC** jährlich berichtet. Parallel zu diesen die Struktur des **RiCC** betreffenden Entscheidungen wurde Rößl mit der Betreuung des Faches „Genossenschaften“ im Diplomstudium betraut und zum Prüfer des Faches bestellt. Während dieser neue Typ von Forschungsinstituten grundsätzlich keine Aufgaben in der Lehre hat, wurde mit dem **RiCC** somit ein FOI geschaffen, das im Diplomstudium ein eigenes Fach in der Lehre zu verantworten und somit ein vollständiges Lehrprogramm anzubieten hatte.

2. Das RiCC in der Lehre

Mit diesen Beschlüssen und Vereinbarungen nahm das **RiCC** seine Arbeit im Herbst 2005 auf und hat sofort mit Beginn des WS 2005 das gesamte Lehrprogramm einer SBWL im Diplomstudium angeboten und auch die erforderlichen schriftlichen und mündlichen Diplomprüfungen abgenommen. Dieser nahtlose Übergang war möglich, weil das **RiCC** teilweise auf ehemalige Mitarbeiter von Wolfgang Kemmettmüller zurückgreifen konnte. Vor allem aber waren und sind es Experten aus den genossenschaftlichen Sektoren, die sich mit viel Engagement von Anbeginn in die Lehre einbrachten und einbringen und damit wesentlich zum Erfolg des **RiCC** beitragen:

- Mag. Eva Bauer, Österreichischer Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen – Revisionsverband
- Dr. Rainer Borns, Vorstand des Österreichischen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Delitzsch) (derzeit Mitglied des Vorstandes der Österreichischen Volksbanken-AG)

-
- Univ.-Prof. Dr. Markus Dellinger, Syndikus des Österreichischen Raiffeisenverbandes
 - Mag. Alois Feichtinger, Österreichischer Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen – Revisionsverband
 - Prof. DDr. Hans Hofinger, Verbandsanwalt und Vorstandsvorsitzender des Österreichischen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Delitzsch)
 - Mag. Karl Pichlmayr, Prokurist und Abteilungsleiter Controlling und Risikomanagement der Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien
 - Dr. Walter Rothensteiner, Generaldirektor der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (inzwischen auch Generalanwalt des Raiffeisenverbandes)
 - Mag. Karl Wurm, MBA, Obmann des Dachverbandes der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft in Österreich

Für Studierende des nun anlaufenden Bachelorprogramms wurde „Genossenschaftswesen“ als fachspezifische Vertiefung innerhalb der SBWL der Klein- und Mittelbetriebe angeboten. Die Lehrveranstaltungen wurden daher im Diplomstudium als Veranstaltungen des **RiCC** und im Bachelorstudium als solche des Instituts für KMU-Management angeboten. So ist es gelungen, friktionsfrei – von den Studierenden wohl völlig unbemerkt – vom Diplomstudium „Genossenschaften“ auf das Bachelorstudium „Fachvertiefung Kooperationen und Genossenschaften im Rahmen der SBWL Klein- und Mittelbetriebe“ umzustellen. Das **RiCC** betreut heute diese fachspezifischen Vertiefungslehrveranstaltungen, Bachelor- und Diplomarbeiten mit entsprechender thematischer Ausrichtung und hat auch bis zum Auslaufen des Diplomstudiums für die in diesem Programm eingeschriebenen Studierenden die notwendigen schriftlichen und mündlichen Diplomprüfungen aus der SBWL „Genossenschaften“ angeboten. Fast ohne öffentliche Finanzierung wurden diese Leistungen erst durch das Engagement der Sponsoren möglich gemacht.

3. Das RiCC in der Forschung

Neben den Aufgaben in der Lehre sieht das **RiCC** den Kern seiner Tätigkeiten in der kooperations- und genossenschaftswissenschaftlichen Forschung. Das Institut beschäftigt sich mit Kooperationsprozessen und den Managementproblemen und Steuerungsmechanismen in kooperativen Beziehungen. Auf der Ebene der Grundlagenforschung geht es um die Analyse der Entstehung und der Leistungsfähigkeit unterschiedlicher Koordinationsmechanismen in kooperativen Arrangements (Markt, Hierarchie, beziehungsbezogenes maximenbasiertes Vertrauen und kontextbezogenes normenbasiertes Vertrauen – jeweils in ihren raum-zeitlichen Einbettungen). Dieses Forschungsinteresse zieht sich als roter Faden durch die Grundlagenforschung des **RiCC** und beeinflusst auch die angewandten Forschungsprojekte.

Zu Beginn beschäftigte sich das **RiCC** aber in zwei großen Projekten mit regionalen Vernetzungen:

2005-2007: Kooperation zwischen landwirtschaftlichen und gewerblichen Unternehmen (Auftraggeber: AMA, WKÖ, A.P.V.)

2006-2008: Regionalentwicklung durch Vernetzung (Auftraggeber: ecoplus)

Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Herausforderungen, wie etwa Kinder- und Altenbetreuung, und der finanziellen Überforderung der Kommunen richtete sich das Augenmerk des Instituts in weiterer Folge auf genossenschaftliche Public-Citizen-Partnerships. Die Genossenschaft scheint prädestiniert zu sein, das Zusammenwirken von Bürgern und Gemeinde zur bürgernahen Erfüllung kommunaler Aufgaben zu organisieren, Freiwilligenarbeit zu mobilisieren und gleichzeitig die Kontrolle der Verwendung öffentlicher Gelder sicherzustellen:

2008-2010: Community Co-operatives: Genossenschaftliche PCP-Modelle zur Erfüllung kommunaler Aufgaben (Auftraggeber: Österreichischer Gemeindebund)

Die genossenschaftswissenschaftliche Forschung kann kaum auf öffentliche Basisfinanzierung bauen und muss daher eine Balance zwischen eigenem Forschungsinteresse und aktuellem Forschungsbedarf potentieller Auftraggeber finden. Vor diesem Hintergrund hat das **RiCC** die Forschungsinteressen

der Forscher und der Praxis erhoben, um die Kompatibilität mit den universitären Forschungsinteressen beleuchten zu können:

2009-2010: Genossenschaftliche Research Agenda (Eigenprojekt)

Eng mit dem Thema der genossenschaftlichen PCP-Lösungen kommunaler Aufgaben ist die Frage der genossenschaftlichen Organisationen im Energiebereich verbunden. Technologische Entwicklungen wie Biogas-, Wind- und Photovoltaikanlagen werfen die Frage nach dezentralen Energieproduzenten und Verteilernetzen auf:

2010-2012 Energy co-operatives and local ownership in the field of renewable energy technologies as social innovation processes in the energy system (Eigenprojekt durchgeführt in Zusammenarbeit mit dem interuniversitären Forschungszentrum der Universität Klagenfurt, finanziert durch den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank)

Parallel zu diesen Forschungsprojekten interessierte sich das **RiCC** immer für die Frage, welche Leistungen einer Kreditgenossenschaft von den Mitgliedern als Bestandteil des „membership value“ – in der Literatur fälschlich als „member-value“ bezeichnet – angesehen werden. Insbesondere interessiert, ob Mitglieder CSR-Maßnahmen als Förderung wahrnehmen, ob also Mitglieder von ihrer Genossenschaft gesellschaftlich verantwortliches Handeln erwarten und dann entsprechend als Förderungsleistung bewerten:

2009-2012: Die Perzeption der Mitgliederförderung (Eigenprojekt)

Mit der Schaffung der SCE (Societas Cooperativa Europaea), der Europäischen Genossenschaft, wurden die genossenschaftlichen Zwecksetzungen von „eigennütziger Mitgliederförderung“ zu „fremdnützigen“ genossenschaftlichen Geschäftsmodellen explizit ausgeweitet. Genossenschaften mit mitgliederförderwirtschaftlichem Fokus und solche mit sozialen Zielsetzungen werfen aber aus organisationstheoretischer Sicht völlig verschiedene Fragen auf – schließlich muss bei mitgliederförderwirtschaftlichen Genossenschaften verstanden werden, warum und wie Akteure sich trotz Fehlens eines hierarchischen Akteurs langfristig zum eigenen Nutzen koordinieren, während bei Genossenschaften mit sozialen Zielsetzungen erklärt werden muss, warum

und wie sich Akteure langfristig zum Nutzen anderer koordinieren (balancierte versus generalisierte Reziprozität²³). Um hier die Konsequenzen der SCE besser einschätzen zu können, hat sich das **RiCC** an einem europaweiten Projekt beteiligt:

2010-2011: Die Europäische Genossenschaft (SCE) und die nationale Gesetzgebung (Auftraggeber: Euricse, Trient, EU-Projekt)

Das Projekt zu den genossenschaftlichen PCP-Lösungen kommunaler Aufgaben hat deutlich gezeigt, dass Genossenschaften neben ihrem unmittelbaren Förderzweck erhebliche Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt in Gemeinschaften haben. Vor dem Hintergrund zahlreicher Fragen der Stadtentwicklung (Segregation, soziale Polarisierung, Integration) stellt sich damit die Frage nach dem Zusammenhang verschiedener Formen der Organisation von Wohnen und der Entstehung von sozialem Zusammenhalt:

2010-2013: Sozialkapital im genossenschaftlichen Wohnbau (Eigenprojekt finanziert über den Jubiläumsfonds der Stadt Wien)

Die Rechtsform der Genossenschaft eignet sich für verschiedene Bereiche. Immer wieder ergeben sich neue Tätigkeitsfelder, wo die Rechtsform der Genossenschaft eine mögliche Organisationsform ist. Nicht jeder Berufsgruppe steht jedoch die Genossenschaft als Organisationsmodell zur Verfügung. Ein prominentes Beispiel sind die Freien Berufe in Österreich. Rechtsanwälte können beispielsweise für ihre Berufsausübung die Rechtsform der Genossenschaft nicht wählen. Das einschlägige Berufsrecht (die Rechtsanwaltsordnung) geht dem allgemeinen Gesellschaftsrecht vor. Hier setzt das gemeinsam vom Institut für Unternehmens- und Steuerrecht (Universität Innsbruck) und dem **RiCC** durchgeführte noch laufende Forschungsprojekt an und prüft entsprechende Reformnotwendigkeiten:

2012-2014: Neue Rechtsformen für anwaltliche Zusammenschlüsse (Eigenprojekt, durchgeführt in Zusammenarbeit mit dem Institut für Unternehmens- und Steuerrecht, Universität Innsbruck, finanziert durch den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank)

²³ Enjolras 2009

4. Das RiCC in der Scientific Community und seine wissenschaftlichen Publikationen

Von Anbeginn stand das **RiCC** im Austausch mit der internationalen Scientific Community. Waren es im ersten Schritt die AGI (Arbeitsgemeinschaft genossenschaftswissenschaftlicher Institute), das IGA (Internationales Institut für Genossenschaftsforschung im Alpenraum) und das FINT (First International Network on Trust), folgten rasch die CASC (Canadian Association for Studies in Co-operation) und die ICA (International Co-operative Alliance) und vor allem die Forschernetzwerke rund um das Euricse (European Research Institute on Co-operative and Social Enterprises), das im Rahmen der EURAM (European Academy of Management – Conference) regelmäßig genossenschaftsspezifische Tracks organisiert, sowie die EMNet (International Conferences on Economics and Management of Networks) und die ISTR (International Society for Third-Sector Research). Über diese Forschernetzwerke ist das **RiCC** hervorragend mit der internationalen Genossenschaftsforschung vernetzt. Und so hat das **RiCC** seine Forschungsergebnisse sowohl in Form von Tagungs- und Buchbeiträgen als auch in Form von Artikeln in wissenschaftlichen Journalen in den internationalen Diskurs eingebracht.

Tagungsvorträge mit kooperations- oder genossenschaftswissenschaftlichem Fokus:

- Röbl, D. / Berger, G. / Fink, M. / Lang, R. (2006): The Evolution of Co-operation and Co-operatives between Agricultural and Commercial Enterprises, International Conference der UNWE and CCU Sofia, Sofia, BGR.
- Röbl, D. (2007): Mitgliederbeziehungsmanagement als genossenschaftsspezifische Form des Kundenbeziehungsmanagements, Marburger genossenschaftswiss. Kolloquium, Marburg, DEU.
- Röbl, D. (2008): Einzelwirtschaftliche Ziele im Wettstreit mit der gesellschaftlichen Verantwortung, IGA Jahrestagung, Innsbruck, AUT.
- Röbl, D. / Hatak, I. (2008): Die Leistungsfähigkeit von Genossenschaften für zwischenbetriebliche und kommunale Kooperationsaufgaben, IGT, Köln, DEU.

-
- Hatak, I. / Röbl, D. (2009): Co-operative Public Citizen Partnership at Local Levels: A New Field of Activity for Co-operatives, CASC Annual Conference, Ottawa, CAN.
 - Karner, A. / Röbl, D. / Weismeier-Sammer, D. (2009): Genossenschaftliche Erfüllung kommunaler Aufgaben in PCP-Modellen, Marburger genossenschaftswiss. Kolloquium, Marburg, DEU.
 - Lang, R. / Röbl, D. (2009): The Role of Social Capital in the Development of Community-based Co-operatives, EMNet Conference, Sarajevo, BIH.
 - Lang, R. / Röbl, D. (2009): Local Development and Community-Based Co-operatives: A Social Capital Approach, CIRIEC Research Conference, Östersund, SWE.
 - Strasser, M. (2009): Assessing the Relation Between a Co-operative and its Members, CASC Annual Conference, Ottawa, CAN.
 - Hatak, I. / Röbl, D. (2010): Relational Competencies and Trust Formation. International Conference on Trust Management, Morioka, JAP.
 - Lang, R. (2010) Community Co-operatives in the Provision of Public Services, ISTR Annual Conference, Istanbul, TUR.
 - Lang, R. / Röbl, D. (2010): Social Capital in the Context of Housing and Neighbourhood Management, ERSA Congress, Jönköping, SWE.
 - Lang, R. / Röbl, D. / Weismeier-Sammer, D. (2010): Co-operative Public Citizen Partnerships and the Provision of Public Services, EURAM Annual Conference, Rom, ITA.
 - Röbl, D. (2010): The Image of Co-operatives: A Barrier for Community-based Co-operatives, CASC Annual Conference, Montreal, CAN.
 - Hatak, I. / Lang, R. / Röbl, D. (2011): Trust, Social Capital and the Governance of Co-operatives, EMNet Conference, Limassol, CYP.
 - Reiner, E. / Röbl, D. / Weismeier-Sammer, D. (2011): Co-operative solutions in the area of renewable energy: Evidence from Austria, ICA Global Research Conference, Mikkeli, FIN.
 - Röbl, D. / Lang, R. (2011): Co-operative Public-Citizen Partnerships and the Provision of Public Services, International Conference on Co-operative Social, Economic and Cultural Capabilities, Kish, IRN.
 - Röbl, D. / Lang, R. / Weismeier-Sammer, D. (2011): Co-operative Public Citizen Partnerships: Two Different Development Paths, EURAM Annual Conference, Tallinn, EST.

-
- Hatak, I. (2012): CSR in Kreditgenossenschaften: Wert für Mitglieder?, Internationale Genossenschaftswissenschaftliche Tagung, Wien, AUT.
 - Hatak, I. / Lang, R. / Röbl, D. (2012): Behavioural Coordination within Co-operatives, International Cooperative Research Conference „Building a Better World: The Role of Cooperatives and Mutuals in Economy and Society“, Wellington, NZL.
 - Lang, R. (2012): Sozialkapital im gemeinnützigen Wohnbau: eine empirische Studie in Wien. Internationale Genossenschaftswissenschaftliche Tagung, Wien, AUT.
 - Lang, R. / Novy, A. / Pogorzelska, D. / Röbl, D. (2012): Linking Social Capital in Community-based Housing Cooperatives: The Case of Vienna, International Scientific Conference "Property Management in the Context of Knowledge Economy", Sofia, BGR.
 - Lang, R. / Pogorzelska, D. (2012): Community Cooperatives and Social Capital Building on the Neighbourhood Level: Empirical Evidence from Vienna, International Conference of the International Society for Third Sector Research, Siena, ITA.
 - Reiner, E. (2012): Die österreichische Rechtsanwaltsordnung und ihr Anwendungsspielraum für die Genossenschaft, Internationale Genossenschaftswissenschaftliche Tagung, Wien, AUT.
 - Reiner, E. (2012): Die Genossenschaft: Nachhaltig trotz Krise, Europäisches Forum Alpbach, Club Alpbach Südtirol-Alto Adige, Alpbach, AUT.
 - Reiner, E. / Röbl, D. (2012): The Co-operative as a Legal Form for "Liberal Professions"?, International Conference "Cooperative Responses to Global Challenges", Berlin, DEU.

Journalbeiträge mit kooperations- oder genossenschaftswissenschaftlichem Fokus:

- Fink, M. / Röbl, D. (2007): Koordination von Kooperationen durch Selbstverpflichtung – wenn Markt und Hierarchie versagen, Zeitschrift für KMU und Entrepreneurship, 55/2/118-136.
- Röbl, D. / Fink, M. / Kraus, S. (2007): Netzwerk, zwischenbetriebliche Kooperation und Genossenschaft, Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, 57/3/222-230.
- Fink, M. / Harms, R. / Kraus, S. / Schulz, A. (2008): Wirkung und Erfolgsbeitrag der Selbstverpflichtung bei nationalen und internationalen Kooperationen, Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 79/1/107-132.

-
- Röbl, D. / Berger, G. / Fink, M. (2008). Regionale Vernetzung von KMB, *Zeitschrift für KMU und Entrepreneurship*, 56/7/123-138.
 - Röbl, D. / Fink, M. / Kraus, S. (2008): Partner Assessment as a Key to Entrepreneurial Success: Towards a Balanced Scorecard Approach, *Journal of Enterprising Culture*, 16/3/257-278.
 - Fink, M. / Röbl, D. / Gundolf, K. (2010): Co-operation, Confiance et Reussite – Considerations Theoriques et Resultants Empiriques, *Journal of Small Business and Entrepreneurship*, 23/2/271-286.
 - Hatak, I. / Röbl, D. (2010): Trust Within Interfirm Co-operation: A Conceptualization, *Our Economy – Review of Current Issues in Economics*, 56/5-6/3-10.
 - Röbl, D. (2010): Corporate Social Responsibility as a Component of a Co-operative Member-Relationship Management, *Journal of Co-operative Studies*, 43/1/23-37.
 - Röbl, D. / Fink, M. / Kraus, S. (2010): Does size matter? Balancing Power in Dadic Co-operation Relationships, *The International Journal of Entrepreneurship and Innovation*, 11/2/119-127.
 - Fink, M. / Hatak, I. / Schulte, R. / Kraus, S. (2011): Verträge, Vertrauen und Unternehmenserfolg in Automobilclustern, *Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung*, 63/7/689-710.
 - Hatak, I. / Röbl, D. (2011): Correlating Relational Competence with Trust, *Journal of Information Processing*, 19/221-230.
 - Hatak, I. (2011): Sozial- und Persönlichkeitskompetenz in interorganisationalen Kooperationen, *Zeitschrift für KMU und Entrepreneurship*, 59/1/21-40.
 - Lang, R. / Röbl, D. (2011): Contextualizing the Governance of Community Co-operatives: Evidence from Austria and Germany, *Voluntas*, 22/4/706-730.
 - Hatak, I. / Fink, M. (2012): Kompetenzbasiertes Vertrauen, *Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt)*, 13/6/328-330.
 - Reiner, E. / Chini, L. (2012): Die (neue) deutsche Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung, *Steuer- und Wirtschaftskartei*, 87/30/1290-1295.
 - Reiner, E. / Röbl, D. / Weismeier-Sammer, D. (2012): Co-operative Solutions in the area of renewable energy: Evidence from Austria, *Review of International Co-operation*, 101/1/62-76.
 - Röbl, D. (2012): Buchbesprechung „Blome-Drees, J. Genossenschaftslehre – Eine erkenntnispluralistische und anwendungsorientierte Perspektive, Neue

Kölner Genossenschaftswissenschaft Bd. 6, Berlin", Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, 62/4/4-5.

- Röbl, D. / Strasser, M. / Voigt, T. (2012): Die genossenschaftswissenschaftliche Forschung zwischen Praxisbezug und akademischem Anspruch – auf dem Weg zu einer Research Agenda, Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, 62/3/209-224.

Bücher bzw. Buchbeiträge mit kooperations- und genossenschaftswissenschaftlichem Fokus:

- Paier, M. / Fink, M. / Röbl, D. (2006): Družstevnictví v Rakousku, in: Hesková, M. a kolektiv (Hrsg.): Encyklopedie družstevnictví, Band 2, Bratislava: Kartprint, 37-51.
- Röbl, D. / Berger, G. / Fink, M. / Lang, R. (2007): The Evolution of Cooperation and Co-operatives between Agricultural and Commercial Enterprises: Implications of Empirical Findings, in: Department of Co-operative Management (ed.): Evropejskite Predizvikelstva pred Kooperativnija i Semejnija Biznes. Sofia: Stopanstvo, 47-57.
- Röbl, D. (2008): Zum Konzept eines differenzierten genossenschaftlichen Mitgliederbeziehungsmanagements, in: Münkner, H.-H. / Ringle, G. (Hrsg.): Alleinstellungsmerkmale genossenschaftlicher Kooperation, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 70-95.
- Kühl, R. / Röbl, D. / Brazda, J. (Hrsg.) (2009): Sozialwissenschaftliche Aspekte des Kooperations- und Genossenschaftsmanagements, Stuttgart: ibidem.
- Röbl, D. / Fink, M. (2009): Die Determinanten von Commitment und Zufriedenheit von Genossenschaftsmitgliedern, in: Doluschitz, R. / Grosskopf, W. (Hrsg.): Genossenschaften zwischen Innovation und Tradition, Stuttgart/Hohenheim: Forschungsstelle für Genossenschaftswesen an der Universität Hohenheim, 157-178.
- Röbl, D. / Hatak, I. (2009): Die Leistungsfähigkeit von Genossenschaften für zwischenbetriebliche und kommunale Kooperationsaufgaben, in: Rösner, H.J. / Schulz-Nieswandt, F. (Hrsg.): Beiträge der genossenschaftlichen Selbsthilfe zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, Berlin: LIT, 409-427.
- Hatak, I. / Röbl, D. (2010): Relational Competencies and Trust Formation, in: Nishigaki, M. / Josang, A. / Murayama, Y. / Marsh, St. (eds.): Pro-

ceedings of the Fourth IFIP WG 11.11 International Conference on Trust Management, Morioka: IFIPTM 2010, 9-16.

- Karner, A. / Röbl, D. / Weismeier-Sammer, D. (2010): Genossenschaftliche Erfüllung kommunaler Aufgaben in PCP-Modellen, in: Münkner, H.-H. / Ringle, G. (Hrsg.): Neue Genossenschaften und innovative Aktionsfelder, Baden-Baden: Nomos, 85-106.
- Lang, R. / Röbl, D. (2010): The Role of Social Capital in the Development of Community-Based Co-operatives, in: Tuunanen, M. / Windsperger, J. / Cliquet, G. / Hendrikse, G. (Hrsg.): New Developments in the Theory of Networks, Heidelberg: Physica-Verlag, 353-370.
- Lang, R. / Röbl, D. (2011): Sozialkapital und genossenschaftlicher Wohnungsbau, in: Mändle, E. / Mändle, M. (Hrsg.): Wohnungs- und Immobilien-Lexikon, 2. Aufl., Freiburg: Haufe, 1489-1492.
- Lang, R. / Novy, A. / Pogorzelska, D. / Röbl, D. (2012): Social Capital in Community-based Housing Cooperatives: The Case of Vienna, in: University of National and World Economy, Department of Real Estate Economics (ed.): Proceedings of the International Scientific Conference "Property Management in the Context of Knowledge Economy", Sofia: Avandgard Prima, 24-27.
- Reiner, E. (2012): The Stubai Co-operative: Using Local Roots for Global Competitiveness, in: Euricse (ed.): working paper 028/12.
- Reiner, E. / Röbl, D. / Weismeier-Sammer, D. (2012): Co-operative Solutions in the Area of Renewable Energy: Evidence from Austria, in: Heiskanen, J. / Henry, H. / Hytinkoski, P. / Köppa, T. (eds.): New Opportunities for Co-operatives: New Opportunities for People, Mikkeli: University of Helsinki, Ruralia Institute, 235-249.
- Röbl, D. (2012): Relationship-Management für KMU. Mit Beiträgen aus Wissenschaft und Praxis. 2. Auflage. Wien: Facultas.
- Röbl, D. / Fink, M. / Hatak, I. (2012): Der systemtheoretische Beitrag: Die Überwindung doppelter Kontingenz durch Vertrauen, in: Röbl, D. (Hrsg.): Relationship Management für KMU, 2. Aufl., Wien: Facultas, 59-76.
- Röbl, D. / Hatak, I. (in Druck): Generating Value For Members: The Case of an Austrian Co-operative Bank, in: Mazzarol, T. / Limnios, E.M. (eds.): Sustainable Cooperative Enterprise: Case Studies of Organisational Resilience in the Co-operative Business Model.

-
- Reiner, E. / Lang, R. / Röbl, D. (in Druck): Citizen-Based Co-operatives in the Field of Renewable Energy: The Case of Solargenossenschaft Rosenheim, in: Mazzarol, T. / Limnios, E.M. (eds.): Sustainable Cooperative Enterprise: Case Studies of Organisational Resilience in the Co-operative Business Model.
 - Lang, R. / Röbl, D. / Weismeyer-Sammer, D. (in Druck): Co-operative Governance of Public-Citizen Partnerships: Two Diametrical Participation Modes, in: Gnan, L. / Hinna, A. / Fabio, M. (eds.): Studies in Public and Non-Profit Governance.

Publikationen im Rahmen der **RiCC**-research reports series:

- Röbl, D. / Fink, M. / Zuschrott, S. (2006): Das Wiener Kooperationsgeschehen - Eine Kooperationslandkarte der Vienna Region, RiCC - research report 2006/1.
- Röbl, D. / Lang, R. / Berger, G. / Fink, M. / Schopf, Chr. (2006): LaGe-Koop: Kooperationen zwischen Landwirtschaft und Gewerbe. Projekt - Grundlagen - Situationsdiagnose. Abschlussbericht des Basismoduls, RiCC - research report 2006/2.
- Schopf, Chr. / Paier, M. (2007): Erfüllung kommunaler Aufgaben durch Genossenschaften - PCP Public-Citizen-Partnerships, RiCC - research report 2007/1.
- Röbl, D. / Lang, R. / Schopf, Chr. / Berger, G. / Fink, M. (2007): LaGe-Koop: Kooperationen zwischen Landwirtschaft und Gewerbe. Projekt - Grundlagen - Diagnose - Veränderung. Abschlussbericht. RiCC - research report 2007/2.
- Lang, R. (2008): Regionale Vernetzung - Evaluierung des Viertelfestivals Niederösterreich 2007, in: RiCC - research report 2008/1.
- Lang, R. / Fink, M.: Regionale Vernetzung - Analyse des Marktpotentials einer Handwerkerkooperation, RiCC - research report 2008/2.
- Lang, R. (2008): Regionale Vernetzungen rund um die Therme Linsberg, RiCC - research report 2008/3.
- Lang, R. / Fink, M. (2008): Regionale Vernetzung - Ausgangssituation und Perspektiven in der Regione Bucklige Welt-Schneebergland, RiCC - research report 2008/4.
- Lang, R. (2008): Regional Development Tool-Box: Leitfaden zur Unterstützung von Geschäftsideen durch regionale Vernetzung, RiCC - research report 2008/5.

-
- Hatak, I. (2009): Kooperationsmatchings des "Pool-Kooperationssservice" - Kooperationsfälle aus 2008, RiCC – research report 2009/1.
 - Rößl, D. / Fink, M. / Lang, R. / Loidl, St. / Reiner, E. / Weismeier-Sammer, D. (2010): PCP-Projekte: Genossenschaftliche Public Citizen Partnerships zur Erfüllung kommunaler Aufgaben, RiCC – research report 2010/1.
 - Reiner, E. / Rößl, D. (2010): The Implementation of the SCE Regulation in Austria, RiCC – research report 2010/2.
 - Hatak, I. (2010): Kooperationsmatchings des "Pool-Kooperationssservice" – Kooperationsfälle aus 2009, RiCC – research report 2010/3.
 - Schreuer, A. / Weismeier-Sammer D. (2010): Energy cooperatives and local ownership in the field of renewable energy technologies: A literature review, RiCC – research report 2010/4.
 - Hatak, I. / Reiner, E. (2010): Teaching Entrepreneurship in Secondary Schools, RiCC – research report 2010/5.
 - Hatak, I. / Reiner, E. (2011): Entrepreneurship Education in Secondary Schools: Education systems, teaching methods and best practice - a survey of Austria, Finland, France, Germany, Italy, Spain, Sweden, RiCC – research report 2011/1.
 - Weismeier-Sammer, D. / Reiner, E. (2011): Cooperative solutions for renewable energy production: The case of v-energie, RiCC – research report 2011/2.
 - Hatak, I. (2011): Innovation in Entrepreneurship Education in Europe: An Analysis of New Initiatives, Implementation Processes and Associated Success Factors, RiCC – research report 2011/3.
 - Reiner, E. (2012): Die Entwicklungsgeschichte einer Bürgerenergiegenossenschaft, RiCC – research report 2012/1.
 - Schreuer, A. (2012): Energy Cooperatives and Local Ownership in the Field of Renewable Energy - Country Cases Austria and Germany, RiCC – research report 2012/2.

5. Das RiCC in der Praxis und seine populärwissenschaftlichen Publikationen

Das RiCC fühlt sich auch dem Wissenstransfer und der Verbreitung von relevanten Themen verpflichtet und legt daher auf Publikationen in populärwissenschaftlichen Medien hohes Augenmerk:

- Breiteneder, M. / Röbl, D. (2006): Die Einzigartigkeit nutzen – Genossenschaft aktiv leben, Raiffeisenblatt, 34/9/16-17.
- Schopf, Ch. (2006): Genossenschaft ist kein Auslaufmodell, Die gewerbliche Genossenschaft, 134/7/30.
- Röbl, D. / Schopf, Ch. / Paier, M. (2007): PCP Public-Citizen-Partnerships, Teil I: Erfüllung kommunaler Aufgaben durch Genossenschaften, Die gewerbliche Genossenschaft, 135/2/29-31.
- Röbl, D. / Schopf, Ch. / Paier, M. (2007): PCP Public-Citizen-Partnerships, Teil II: Best-Practice-Beispiele aus dem Altenbetreuungsbereich, Die gewerbliche Genossenschaft, 135/3/27-29.
- Röbl, D. / Schopf, Ch. / Paier, M. (2007): PCP Public-Citizen-Partnerships, Teil III: Best-Practice-Beispiele aus dem Kinderbetreuungsbereich, Die gewerbliche Genossenschaft, 135/4/12-13.
- Schopf, Ch. (2007): Genossenschaftliche PCPs als Lösungsansatz für Gemeinden – Gemeinde und Bürger in Kooperation, Kommunal, –/10/22-24.
- Weismeier-Sammer, D. / Lang, R. (2008): Genossenschaftliche PCP-Modelle zur Übernahme kommunaler Aufgaben: Wenn Gemeinde und Bürger an einem Strang ziehen, Kommunal, –/10/18-21.
- Baumgartner, F. / Röbl, D. (2009): Zwischenbetriebliche Kooperationen können für die teilnehmenden Unternehmen den entscheidenden Marktvorsprung bedeuten, Wiener Wirtschaft, –/46/16.
- Berger, G. (2009): Kooperationen zwischen Landwirtschaft und weiterverarbeitendem Gewerbe, Ländlicher Raum, 60/4/34-38.
- Röbl, D. (2009): CSR-Maßnahmen im Mitgliederbeziehungsmanagement, Raiffeisenblatt, 37/7-8/16-17.
- Weismeier-Sammer, D. / Reiner, E. (2009): Genossenschaftliche Lösungsmodelle für kommunale Aufgaben, Agrarische Rundschau, –/6/12-15.
- Reiner, E. / Röbl, D. (2010): Die Europäische Genossenschaft in Österreich, Raiffeisenblatt, 38/6/8-10.

-
- Reiner, E. / Röbl, D. / Weismeier-Sammer, D. (2010): Public Citizen Partnerships, cooperativ, 138/3/58-61.
 - Röbl, D. (2010): Interview, ‚Der kluge Egoist kooperiert‘, Südtiroler Wirtschaftszeitung, 82/28/15.
 - Röbl, D. (2011): Was kann zwischenbetriebliche Kooperation und was kann sie nicht? Erfolgsmagazin, 28.04. online.
 - Fieber, C. / Riedler, Ch. / Röbl, D. (2012): Das Image von Genossenschaften, cooperativ, 140/4-5/26-29.
 - Hatak, I. (2012): Interview, ‚Sozialkompetenz ist das Um und Auf‘, Die Presse, 05.02.
 - Hatak, I. / Platzer, M. / Röbl, D. (2012): CSR in Raiffeisenbanken: Nachhaltiger Nutzen für die Mitglieder und Kunden, Raiffeisenblatt, 40/2/7-9.
 - Reiner, E. (2012): Genossenschaften in der Neuen Welt, cooperativ, 140/6/52.
 - Röbl, D. (2012): Neue Ideen gefragt, cooperativ, 140/6/27.
 - Röbl, D. / Reiner, E. / Lang, R. (2012): Genossenschafts- und Kooperationsmodelle – alternative Lösungsstrategien für die Erfüllung kommunaler Aufgaben, vorum, 2012/1/6-7.

6. Das RiCC und seine Leistungsdaten

- Seit Ende 2005 bis Ende 2012 hat das **RiCC** für die WU Drittmittel in Höhe von rund € 800.000,- eingeworben. Dieser Betrag umfasst sowohl projektunabhängige Basisförderungen als auch projektbezogene Drittmittel.
- 4 Mitarbeiter/inn/en des **RiCC** wurden im Rahmen der sogenannten Prämienveranstaltung der WU für insgesamt auch 4 Top-Publikationen (sogenannte „A-Journals“) prämiert. Zusätzlich wurden bei internationalen Tagungen zwei best paper awards erzielt.
- Es folgte die Prämierung der für den von der Euricse ausgeschriebenen Fallstudienwettbewerb „Co-operative Models Worldwide“ eingereichten Fallstudie „The ‚Stubai Co-operative – Using Local Roots for Global Competitiveness“.

-
- Ebenso wurde ein Forschungsprojekt des **RiCC** als „herausragendes Forschungsprojekt“ seitens der WU ausgezeichnet.
 - Seit seiner Gründung im Herbst 2005 bis zum Auslaufen des Diplomstudiums im Herbst 2012 hat das **RiCC** rund 230 Diplomprüfungen aus der SBWL „Genossenschaften“ abgenommen.
 - Es hat ca. 325 Studierende des Diplom- bzw. des Bachelorstudiums im Rahmen der SBWL betreut
 - und in diesem Zeitraum ca. 65 Diplomarbeiten – großteils mit genossenschaftlichem Fokus – betreut und approbiert.
 - Im Zusammenhang mit der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses kann das **RiCC** auf Folgendes verweisen: Seit seiner Gründung im Herbst 2005 waren bzw. sind am **RiCC** in chronologischer Reihenfolge der Anstellung Christiane Schopf, Martin Paier, Gerda Berger, Matthias Fink, Silvia Zuschrott, Richard Lang, Manuela Strasser, Daniela Weismeier-Sammer, Stefan Loidl, Elisabeth Reiner, Isabella Hatak und Christoph Riedler als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter tätig. Von diesen haben inzwischen sechs promoviert, davon sind zwei ehemalige Mitarbeiterinnen nun auf einer Habilitandenstelle, ein ehemaliger Projektmitarbeiter ist inzwischen habilitiert und zwei weitere Mitarbeiterinnen haben zusätzlich zu ihrem Erststudium ein weiteres Diplomstudium abgeschlossen.

Im folgenden Abschnitt werden jene Forschungsschwerpunkte und -projekte, die die Arbeit des **RiCC** seit seiner Gründung ganz wesentlich prägen, näher umrissen – dabei wird nicht nur auf Aspekte des jeweiligen Forschungsdesigns eingegangen, sondern es wird auch auf Ergebnisse und praktische Implikationen verwiesen:

-
- Erklärung der Verhaltenskoordination in kooperativen Arrangements
 - Kooperationen und Genossenschaften im kommunalen und regionalen Kontext
 - Projekt „Kooperation zwischen landwirtschaftlichen und gewerblichen Unternehmen“
 - Projekt „Regionalentwicklung durch Vernetzung“
 - Projekt „Community Co-operatives: Genossenschaftliche PCP-Modelle zur Erfüllung kommunaler Aufgaben“
 - Sozialkapital im genossenschaftlichen Wohnbau
 - Die Europäische Genossenschaft (SCE) und die nationale Gesetzgebung
 - Neue Rechtsformen für anwaltliche Zusammenschlüsse

Die Forschungsfelder

Genossenschafts- und kooperationswissenschaftliche Forschungsfelder

Isabella Hatak / Richard Lang / Elisabeth Reiner / Dietmar Röbl

1. Koordination kooperativer Arrangements

In Kontexten, die sich durch unternehmerische Aggressivität, schnellen technologischen Wandel und allgemein durch hohe Unsicherheit kennzeichnen, ist Flexibilität im Sinne der Fähigkeit zur schnellen Anpassung an Veränderungen erfolgskritisch. Interorganisationale Kooperation stellt eine Strategie zur flexiblen Anpassung dar,²⁴ da Unternehmen trotz Schaffung dieser Organisation, in der sie zugunsten eines längerfristigen Vorteils auf kurzfristige Vorteile verzichten, weiter als eigene Unternehmen bestehen bleiben und damit jederzeit die Option haben, sich aus dem kooperativen Arrangement zurückzuziehen.²⁵ Gleichzeitig sind Kooperationen aber mit zahlreichen Anforderungen verbunden. Zu berücksichtigende Aspekte für das kooperationswillige Unternehmen sind etwa die Definition der Kooperationsaufgabe und des korrelierenden Partnerprofils, die Partnersuche, die Bestimmung der Bindungsintensität und die Regulierungen in Bezug auf die Bedingungen zur Zusammenarbeit, wie beispielsweise die leistungsgerechte Aufteilung von Kooperationserfolgen.²⁶

Aufgrund des zeitlichen Auseinanderfallens der Handlungen der Kooperationsakteure liegt die besondere Problematik langfristiger Kooperationen in der Gefahr, vom Partner übervorteilt zu werden.²⁷ Das ergibt sich dadurch, dass bestimmte Handlungen des Partners weder vollständig spezifiziert (contingent claim contracts) noch überwacht oder erzwungen werden können, obwohl gerade diese Handlungen einen nachhaltigen Einfluss auf die Erreichung der Kooperationsziele haben und die Kooperationspartner im Hinblick auf diese erwarteten Handlungen kooperative Vorleistungen erbrin-

²⁴ Hatak/Röbl 2011

²⁵ Röbl 1994

²⁶ Hatak 2011a

²⁷ Röbl 1996

gen.²⁸ Die wechselseitige Verhaltensunsicherheit bei gleichzeitiger gegenseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit macht langfristige Kooperationen zwischen Unternehmen zu komplexen Arrangements, die durch soziale Dilemmata bedroht sind.

Um den langfristigen Erfolg zu sichern, muss jeder Kooperationspartner auf die Ausnutzung von kurzfristigen Opportunismusspielräumen verzichten. Somit ist der Erfolgsbeitrag der langfristigen Austauschbeziehung davon abhängig, inwieweit es gelingt, diese Opportunismusgefahr zu reduzieren. Zwei Faktoren determinieren das Ausmaß der Opportunismusgefahr: Erstens ist es proportional zu den Möglichkeiten (Kontrolllücken) für unfaires Verhalten (Opportunismusspielraum), und zweitens ist die Unsicherheit über das Verhalten des Kooperationspartners von dessen Opportunismusneigung abhängig. Die Opportunismusneigung bezeichnet die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Kooperationspartner vorhandene Opportunismusspielräume ausnutzt.²⁹

Es gibt vier Möglichkeiten, die Opportunismusgefahr zu beschränken und damit vier idealtypische Mechanismen, um kooperative Arrangements zu steuern:

- Kurzfristige, triviale Transaktionen können über das kurzfristige Vorteilhaftigkeitskalkül des idealtypischen Marktes flexibel (die einzelne Transaktion verweist gar nicht auf einen längeren Zeithorizont) und verlässlich (der andere sucht seinen kurzfristigen Vorteil) gesteuert werden.³⁰ Da eine marktbasierende Steuerung von langfristigen Tauschbeziehungen jedoch zu einer Ausnutzung der sich in der Austauschbeziehung ergebenden Opportunismusspielräume führt, müssen langfristige Tauschbeziehungen von Mechanismen gesteuert werden, die nicht auf einem kurzfristigen Vorteilhaftigkeitskalkül beruhen.
- Hierarchische Koordination zielt – durch Verhaltensvereinbarung, Verhaltenskontrolle und nachfolgende Verhaltenssanktion – auf die Begrenzung der Opportunismusspielräume ab und zwingt Akteure somit vom kurzfristigen Vorteilhaftigkeitskalkül abzurücken. Aber auch die

²⁸ Hatak/Rößl 2011

²⁹ Fink/Rößl 2007; Fink/Hatak/Schulte/Kraus 2011

³⁰ Rößl 1996

hierarchische Koordination kann das Verhalten nicht vollkommen steuern: Hierarchische Steuerung verlangt im Vorhinein die Kenntnis bzw. Spezifizierbarkeit des gewünschten Verhaltens und setzt die Kontrollierbarkeit der Handlungen des Kooperationspartners und das Vorhandensein eines glaubwürdigen Sanktionspotentials voraus. Dies ist jedoch bei interorganisationalen Kooperationen mit komplexeren Geschäftsmodellen nicht möglich bzw. gar nicht wünschenswert, da eine hierarchische Steuerung im Sinne einer Fremdstimmung zu Systemrigidität führt, die vor dem Hintergrund hoher Komplexität die notwendige Flexibilität gefährlich begrenzen kann.³¹

- Aufgrund der Schwächen der Koordinationsmechanismen Markt und Hierarchie wird ein alternativer Koordinationsmechanismus für Steuerungsaufgaben, bei denen sowohl die marktbasiertere als auch die hierarchische Koordination versagen, diskutiert. Dieser Koordinationsmechanismus wird als „Vertrauen“ – bzw. in Abgrenzung zum normenbasierten Vertrauen – als „maximenbasiertes Vertrauen“³² bezeichnet. Maximenbasiertes Vertrauen bezieht seine koordinierende Wirkung aus der Selbstfestlegung (= Selbstverpflichtung³³) der Akteure auf ein Verhalten, das erst langfristig und in Abhängigkeit vom unsicheren Verhalten des anderen vorteilhaft ist (= kooperatives Verhalten³⁴). In Austauschbeziehungen, die durch maximenbasiertes Vertrauen koordiniert werden, begrenzen keine hierarchischen Kontrollen und Sanktionen die Handlungsfreiheit der Akteure. Ihnen steht es grundsätzlich offen, den eigenen, kurzfristigen Vorteil zu verfolgen und damit die anderen Kooperationspartner zu schädigen (Vertrauensbruch). Die vorerst einseitige Selbstverpflichtung auf kooperatives Verhalten ist aber geeignet, für die konkrete Kooperationsbeziehung die von den Akteuren geteilte Verhaltensmaxime zu schaffen: „Wir verhalten uns in Hinblick auf den (möglichen) Wert der Kooperationsbeziehung entsprechend den wechselseitigen Erwartungen!“ – womit die Opportunismusneigung trotz un-

³¹ Rößl 1996

³² Hatak/Rößl 2010; Hatak 2011a

³³ Rößl 1994; Rößl 1996; Rößl/Fink/Hatak 2012

³⁴ Pleitner/Rößl 1995

veränderter Opportunismusspielräume begrenzt wird. Legen sich alle Kooperationspartner auf ein kooperatives Verhalten fest und verpflichten sich damit dem langfristigen Vorteil, entfaltet Vertrauen seine gleichermaßen flexible wie tragfähig verlässliche Koordinationswirkung.³⁵

Unter Bezugnahme auf soziologische und principal-agent-theoretische Überlegungen wird unter Vertrauen die freiwillige Erbringung einer riskanten Vorleistung als Reaktion auf die subjektive Unsicherheit über das Verhalten des Kooperationspartners, in der Erwartung, dass der Kooperationspartner die Opportunismusspielräume nicht ausnutzen wird, verstanden.³⁶ Damit wird die zweidimensionale Struktur von Vertrauen deutlich: Die Vertrauensentscheidung manifestiert sich in der Vertrauenshandlung (riskierte Vorleistung), die durch eine positive Vertrauenserwartung, d.h. die Erwartung, dass der Partner freiwillig auf opportunistisches Verhalten verzichtet, motiviert wird.³⁷ Mit seiner Vertrauenshandlung zeigt der Kooperationspartner, dass er sich auf Grund des Vertrauens, das er in den anderen setzt, ausliefert. Diese Selbstausslieferung schafft die Grundlage für die Erwartung des anderen, dass sich der Kooperationspartner vereinbarungskonform verhalten wird, wodurch die Erbringung einer Vertrauenshandlung durch den anderen angeregt wird. Durch die damit einhergehende Reduktion der wechselseitigen Verhaltensunsicherheit wird doppelte Kontingenz durchbrochen, sodass maximenbasiertes Vertrauen die Entstehung einer sozialen Dilemmasituation verhindert.³⁸

Maximenbasiertes Vertrauen kann eine koordinierte Abfolge von Leistungen und Gegenleistungen entlang der Zeitachse auch unter Fehlen eines hierarchischen Akteurs begründen und kann so die Entstehung und die Stabilität von kooperativen Arrangements wie z.B. mitgliederförderwirtschaftliche Genossenschaften erklären. Da maximenbasiertes Vertrauen seine Koordinationskraft aus dem Wert der spezifischen Beziehung für ihre Beteiligten bezieht, kann es die Entstehung von fremd-

³⁵ Fink/Röbl 2007; Röbl/Fink/Hatak 2012

³⁶ Hatak 2011a

³⁷ Hatak 2011b

³⁸ Fink/Röbl 2007

nützigen Genossenschaften („Sozialgenossenschaften“, „third-party-co-operatives“) nicht erklären.

- Der idealtypische Mechanismus, der das Verhalten der Mitglieder dieses Genossenschaftstypus, der auf eine Befriedigung der Bedürfnisse Dritter abzielt, steuern kann, ist normenbasiertes Vertrauen. Dieses intrinsisch motivierte Vertrauen bezieht seine verhaltenssteuernde Kraft aus kollektiven Normen, die in einen konkreten räumlichen und zeitlichen Kontext eingebettet sind und sich daraus ableiten („Hilfsbedürftigen wird geholfen!“ „Man erfüllt Erwartungen!“). D.h., basierend auf generalisierter Reziprozität³⁹, die altruistische Handlungen leitet, kann der Vertrauensgeber dem Vertrauensnehmer normenbasiertes Vertrauen entgegenbringen, ohne dass Vertrauen in einer spezifischen persönlichen Beziehung aufgebaut werden muss.⁴⁰ Normenbasiertes Vertrauen beruht auf der Interpretation des sozialen Kontexts durch die Akteure und verlangt daher die Entwicklung geteilter interpretativer Schemata, sozialer Ressourcen und ortsgebundener Normen, auf die sich Akteure in vertrauensvollen Interaktionen beziehen und im Rahmen derer sie die soziale Struktur von Sinn, Dominanz, Legitimation (re)produzieren, in der das normenbasierte Vertrauen konstituiert ist. Basierend auf dieser Unterstellung (re)produzieren die Genossenschaftsmitglieder den institutionellen Rahmen, der sodann auch als Vertrauensquelle (in andere Mitglieder) dient.

Das **RiCC** untersucht somit die Entstehung und die Rolle von Vertrauen zur Durchbrechung der doppelten Kontingenz und damit zur Etablierung und Aufrechterhaltung von komplexen langfristig angelegten interorganisationalen Kooperationsbeziehungen sowie von Beziehungen zwischen Mitgliedern förderwirtschaftlicher Genossenschaften. Insbesondere interessiert das Wechselspiel von Markt, Hierarchie, maximen- sowie normenbasiertem Vertrauen als Mechanismen zur Steuerung des Verhaltens von Mitgliedern eigennütziger bzw. fremdnütziger Genossenschaften.

³⁹ Enjolras 2009

⁴⁰ Hatak/Lang/Röbl 2011

2. Kooperationen und Genossenschaften im kommunalen und regionalen Kontext

Seit seiner Gründung im Jahr 2005 beschäftigt sich das **RiCC** in seinen Forschungsaktivitäten mit Fragen der räumlichen Einbettung von Kooperationen und Genossenschaften. Dabei geht es um die Berücksichtigung des lokalen und regionalen institutionellen Kontexts im Rahmen der Analyse kooperativer Organisationsmodelle, z.B. zur Erklärung konkreter Steuerungsmechanismen in Genossenschaften. Das **RiCC** widmet sich aber auch der Frage, welche Rolle Genossenschaften für die Regionalentwicklung und für die Versorgung mit kommunalen Leistungen spielen bzw. spielen können. Im Folgenden werden zentrale Themenbereiche in diesem Forschungsfeld vorgestellt, die am **RiCC** im Rahmen von Forschungsprojekten im Zeitraum 2005-2010 bearbeitet wurden.

2.1. Regionale Kooperation zwischen landwirtschaftlichen und gewerblichen Unternehmen

In diesem Forschungsfeld beschäftigte sich das erste Projekt unter dem Akronym „*LaGe-Koop*“ von Herbst 2005 bis Frühjahr 2007 mit Kooperationen zwischen Landwirtschaft und Gewerbe auf regionaler Ebene in Österreich. Den Ausgangspunkt des vom Lebensministerium, der Wirtschaftskammer Österreich sowie dem Verein zur Förderung von Regional- und Agrarprojekten in Auftrag gegebenen mehrstufigen Projektes stellte die Überlegung dar, dass in Österreich regionale Kooperationspotentiale entlang der Wertschöpfungskette im Lebensmittelbereich nur unzureichend ausgeschöpft werden und die Vermarktung oft über national oder international agierende Handels- und Verarbeitungsunternehmen läuft. Lebensmittelverarbeitende Gewerbebetriebe decken ihren Beschaffungsbedarf wiederum in hohem Maße über national oder international agierende Unternehmen, anstatt über landwirtschaftliche Betriebe in der unmittelbaren Region. Zusätzlich ist eine Entfremdung zwischen der regionalen Landwirtschaft, den in der Region ansässigen Gewerbebetrieben und der regionalen Bevölkerung zu beobachten, die auf eine fehlende gemeinsame räumliche Identität hinweist. Die (Re-)Aktivierung zwischenbetrieblicher Kooperationen entlang der Wertschöpfungskette im Lebensmittelbereich könnte daher einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung

tragfähiger Marken im regionalen Lebensmittelbereich leisten und auch positive Effekte auf eine nachhaltige Regionalentwicklung nach sich ziehen. Vor diesem Hintergrund war es das Ziel der Studie, eine ausreichende Informationsbasis zu schaffen, um regionale Kooperationspotentiale in Zukunft besser ausschöpfen zu können. Dabei galt es, die beiden folgenden Fragen zu beantworten: Mit welchen Schwierigkeiten und Hindernissen ist der Aufbau regionaler Kooperationen zwischen landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben (= *LaGe-Koop*) verbunden? Wie können diese Schwierigkeiten überwunden werden, um eine erfolgreiche Entwicklung solcher Kooperationen zu gewährleisten?

Österreichweit wurden Akteure aus über 50 regionalen Kooperationen unterschiedlicher Produktbereiche (Getreide, Fleisch, Milch, Obst/Gemüse) in drei Forschungsphasen in die Studie einbezogen: In einem ersten Schritt fanden Expertenworkshops statt, um so ein Verständnis für Gründungsmotive, Schwierigkeiten, Erfolgsfaktoren und die relevante Akteursstruktur von *LaGe-Koop* zu entwickeln. Darauf aufbauend wurden Fallstudien von Kooperationsprojekten auf ihre Erfolgs- bzw. Misserfolgskriterien hin analysiert. Durch eine großzahlige Fragebogenerhebung wurden schließlich die Erkenntnisse und Thesen aus den beiden vorangegangenen Forschungsphasen nochmals an die regionale Kooperationspraxis in Österreich zurückgespiegelt und so gleichzeitig auf eine breitere Basis gestellt.

Die Analyse der gesammelten empirischen Daten machte eine äußerst heterogene Kooperationslandschaft im Bereich regionaler Lebensmittel sichtbar. Häufig handelt es sich um „eingespielte“ Zuliefer- bzw. Absatzbeziehungen zwischen landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben, die sich durch geringe Markt- und Kundenorientierung, kurzfristige Vorteilsmaximierung und fehlende Bereitschaft zur Verhaltensänderung auszeichnen. Ausgehend von dieser Diagnose entwickelte das Projektteam einen umfassenden Maßnahmenkatalog, um auf regionale Märkte abzielende Kooperationen zwischen landwirtschaftlichen Erzeugern und gewerblichen Verarbeitungs- und Vertriebspartnern zu initiieren und in weiterer Folge zu begleiten. Diese praktisch anwendbaren Management-Tools richteten sich vor allem an Berater, deren externe Strukturierungsleistung im Sinne eines Prozessmanagements erforderlich ist. Das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Unternehmer- und Unter-

nehmenstypen in *LaGe-Koop* führt zu hohen Managementanforderungen, da die lebensweltlichen Unterschiede nur in Ausnahmefällen durch die Betroffenen selbst überwunden werden können. Externe Mediation und Moderation erscheinen in den meisten Fällen notwendig, um einen Interessensausgleich zwischen Landwirten und Gewerbebetrieben zu ermöglichen, damit überhaupt gemeinsame Kooperationsziele formuliert werden können. Als zentrale Rollen in *LaGe-Koop* identifizierte das **RiCC** Promotoren und Intermediäre, die einen positiven Einfluss auf die Kooperationsentwicklung nehmen können, da sie aufgrund ihrer Geschäftstätigkeit für die betrieblichen aber auch soziokulturellen Unterschiede zwischen Landwirtschaft und Gewerbe sensibilisiert sind. Diese spezifischen Rollen können sowohl Akteure auf der Landwirtschafts- als auch auf der Gewerbe Seite einnehmen.

Ziel der Verhaltensabstimmung im Rahmen einer *LaGe-Koop* ist die Generierung von neuartigen Produkten mit für den Kunden eindeutig nachvollziehbaren Qualitätskriterien. Solche müssen auf allen Wertschöpfungsstufen der Kooperation von den Beteiligten definiert, eingehalten und fortlaufend verbessert werden (z.B. im Bereich Fütterung, Haltung, Lagerung, Veredelung, etc.). Kooperationspartner, die die vereinbarten Qualitätskriterien nicht einhalten können oder wollen, müssen rasch identifiziert werden und aus der Kooperation ausscheiden. Das nutzenstiftende Produktmerkmal muss dabei nicht in einer materiellen Veränderung des Produkts bzw. seiner Bestandteile bestehen. Auch Produktionsweisen, die aus Kundensicht subjektive USPs begründen, können Gegenstand der Verhaltensabstimmung in einer *LaGe-Koop* sein (z.B. artgerechte Tierhaltung).

Ein Ergebnis war die Erkenntnis, dass es maßgeschneiderte Trainingsprogramme für Personen, die im spezifischen Feld der regionalen Lebensmittelkooperationen Unterstützungsleistungen erbringen wollen, bedarf, um eine entsprechend sensible und qualitativ hochwertige Betreuung von *LaGe-Koop* sicherzustellen. In Zusammenarbeit mit der Lebensmittelakademie des österreichischen Gewerbes startete daher im Jahr 2007 unter Beteiligung des **RiCC** die Schulungsserie „Food Connect Management“.

Weiters wurden die Studie und ihre Ergebnisse auch im Rahmen von Vorträgen und populärwissenschaftlichen Artikel kommuniziert, um die Kooperationspraxis verstärkt für das Thema *LaGe-Koop* zu sensibilisieren.

Durch das Forschungsprojekt *LaGe-Koop* ist das Thema regionale Kooperationen seit 2006 auch im Lehrprogramm verankert. Das in diesem und dem nachfolgenden Forschungsprojekt „Regionalentwicklung durch Vernetzung“ generierte Datenmaterial lieferte die Basis für eine Reihe von Fallstudientexten, die in den Lehrveranstaltungen am **RiCC** eingesetzt werden und die die Studierenden dabei unterstützen sollen, regionale Kooperationsprojekte zu analysieren und zu begleiten.⁴¹ Das Forschungsprojekt *LaGe-Koop* bildete schließlich auch die Grundlage für die Entwicklung eines analytischen Modells der regionalen Kooperationsentwicklung, welches in Konferenzbeiträgen und Fachzeitschriften publiziert wurde.

2.2. Regionalentwicklung durch Vernetzung

Im Rahmen der Genius-Gründerinitiative des Landes Niederösterreich, gefördert von Ecoplus und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), führte das **RiCC** im Zeitraum 2006 bis 2008 das Projekt „Regionalentwicklung durch Vernetzung“ durch. Ziel der Genius-Initiative war die Aktivierung von Gründerpotentialen bzw. die Verbesserung des Gründungsklimas in Niederösterreich. Das vom **RiCC** durchgeführte Projekt befasste sich mit der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen und thematisierte dabei im Besonderen den Faktor „regionale Vernetzung“ als erfolgskritische Rahmenbedingung für Gründungen. Denn gerade im Prozess der Entwicklung und Umsetzung von Geschäftsideen erhält der Gründer durch regionale Vernetzung den Zugang zu notwendigen Informationen und anderen Ressourcen. Das Forschungsvorhaben wurde aus der Idee geboren, das am **RiCC** seit 2005 gesammelte Know-how zum Thema regionale Kooperationen an die Unternehmenspraxis weiterzugeben. Und so wandte sich das Projekt „Regionalentwicklung durch Vernetzung“ an initiative Unternehmer aus den Bereichen Landwirtschaft, Gewerbe und Tourismus im Industrieviertel in Niederösterreich, um diese bei der (Weiter-)Entwicklung ihrer kooperativen Geschäftsideen zu unterstützen.

Das Projekt umfasste zwei Aktions-Ebenen: Einerseits wurden Gründungspotentiale in der Zielregion Industrieviertel durch die Initiierung und Weiter-

⁴¹ Lang/Fink 2008

entwicklung von regionalen Vernetzungen aktiviert. Andererseits wurden die Erfahrungen aus diesen Vernetzungsaktivitäten dokumentiert, verdichtet und in einem Handbuch mit dem Titel „Regional Development Tool-Box“ (RTB) für Multiplikatoren der Regional- und Wirtschaftsentwicklung anwendungsorientiert aufbereitet. Dieser Leitfaden stellt eine von konkreten regionalen Strukturen und Konstellationen losgelöste Handlungsanleitung zur Initiierung und Begleitung von regionalen Vernetzungsprozessen dar. Die empirische Grundlage der RTB bilden zwischen November 2006 und Dezember 2007 vom **RiCC** in der Zielregion begleitete Vernetzungsgruppen. Die Ergebnisse wurden auf Basis von teilnehmenden Beobachtungen (16 Workshops in acht Initiativgruppen), von qualitativen Leitfadeninterviews mit zentralen Akteuren dieser Vernetzungen sowie von Gesprächsprotokollen zu Multiplikatoren-Workshops generiert.

Das **RiCC** dockte an vielfältige in unterschiedlichen Entwicklungsstadien befindliche Vernetzungsgruppen in der Region an, begleitete diese und führte je nach artikuliertem Informationsbedarf exemplarische Unterstützungsleistungen durch, wobei die Betreuungsintensität und der Betreuungsinhalt jeweils von den konkreten Zielen der Beteiligten abhängig waren. In einer ersten Unterstützungsphase bot das RiCC die Möglichkeit, Geschäftsideen in moderierten Aktivierungsworkshops zu diskutieren und zu konkretisieren. Um die Bedeutung regionaler Vernetzung an die Unternehmenspraxis heranzutragen und Akteure für konkrete Vernetzungen zu aktivieren, wurde außerdem eine Reihe von Artikeln in regionalen Medien publiziert (u.a. Lokalausgaben der Niederösterreichische Nachrichten, Bezirksblätter). In der zweiten Unterstützungsphase wurden die Initiativgruppen bestehend aus Unternehmen und institutionellen Akteuren bei der Beurteilung der Umsetzbarkeit (Pre-feasibility) vom **RiCC** begleitet.

Aus diesem „activity research“ konnten über ein vorexperimentelles Untersuchungsdesign einerseits verallgemeinerbare Schlussfolgerungen für Initiierungs- und Begleitungsprozesse von regionalen Vernetzungsprozessen abgeleitet werden. Andererseits hat die Unterstützungs- und Begleitungsarbeit Defizite im Bereich der Rahmenbedingungen sichtbar gemacht, die entsprechenden wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf implizierten. Zu den Ergebnis-

sen der Studie⁴² zählt, dass bei (zukünftigen) Unternehmern ein Bewusstsein für die Bedeutung von Kooperationen mit den unterschiedlichsten Akteursgruppen in der Region geschaffen werden muss. D.h., Vernetzung darf nicht als Einschränkung des Handlungsspielraums empfunden werden, vielmehr gilt es, den absoluten über den relativen Vorteil zu stellen und die Innovationskraft von regionaler Vernetzung zu internalisieren. Um die positiven Effekte regionaler Vernetzung für Gründungsprojekte ausschöpfen zu können, bedarf es einer kompetenten und vernetzten Institutionenlandschaft in der Region. Dazu sollten Bildungs- und Forschungseinrichtungen aber auch Gemeinden verstärkt in regionale Vernetzungsprozesse integriert werden, um die dort vorhandenen Fähigkeiten und Ressourcen für die Entwicklung von innovativen Geschäftsideen nutzbar zu machen. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass regionale Vernetzung vor allem bei der Bewältigung folgender Schritte im Gründungsprozess helfen kann: Aktivierung von Unternehmern, Ideengenerierung, Evaluierung von kooperativen Geschäftsideen, Ressourcenmobilisierung zur Unterstützung der Vernetzungsgruppe, Entwicklung und Verfeinerung von Geschäftsmodellen. Die Projektergebnisse belegen deutlich, dass ein wesentliches Element einer nachhaltigen Gründerinitiative auf die Aktivierung von Vernetzungen in einer Region als Stimulierungsmaßnahme für potentielle Gründungen gerichtet sein muss.

Ein weiteres Forschungsprojekt, das sich mit der regionalen Vernetzung von Klein- und Mittelunternehmen auseinandersetzt, startete im Frühjahr 2012 unter dem Titel „Erfolgsfaktor Region – Pilotprojekt Triestingtal“. Immer wieder wird die regionale Vernetzung von Klein- und Mittelbetrieben seitens der Wissenschaft und der regionalpolitischen Praxis thematisiert, jedoch ist nicht geklärt, was sie dem einzelnen Unternehmen tatsächlich bringt. Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich das Forschungsprojekt unter der Leitung von Richard Lang mit der Frage, über welche Arten von Netzwerkbeziehungen KMU in ihrer Region verfügen und welchen Nutzen sie daraus ziehen können.

Als Untersuchungsregion für die Studie wurde die LEADER-Region Triestingtal in Niederösterreich ausgewählt, da hier zahlreiche kleinregionale Projekte erfolgreich umgesetzt werden konnten. So existiert mit dem „TriestingTaler“

⁴² Lang 2008

eine eigene Regionalwährung, welche u.a. helfen soll, die regionale Identität zu stärken; zudem sind die Unternehmen in einer eigenen Wirtschaftsplattform zusammengefasst, die gemeinsame Aktivitäten unterstützt und hilft, neue Geschäftskontakte in- und außerhalb der Region zu knüpfen. Vor diesem Hintergrund erscheint das Triestingtal als idealer Untersuchungsraum für regionale Vernetzungsprozesse von KMU.

Ende 2012 wurde im Rahmen der Studie eine telefonische Befragung bei ca. 800 in der Region Triestingtal ansässigen Unternehmen durchgeführt. Im Zentrum der Analyse standen der Zusammenhang zwischen dem Netzwerk eines KMU und verschiedenen Nutzenkomponenten für das Unternehmen, wie Wettbewerbsfähigkeit und Innovativität. Als Einflussfaktoren auf regionale Netzwerkaktivitäten werden u.a. Unternehmenscharakteristika, die Verbundenheit zur Region, sowie die Netzwerkpflege in die Analyse mit einbezogen. Erste Ergebnisse der Studie werden für das Frühjahr 2013 erwartet und im Rahmen einer Veranstaltung in der Region Triestingtal präsentiert und mit den Unternehmern diskutiert. Die Studie wurde von der ÖAR-Regionalberatung initiiert. Als weitere Projektpartner fungieren das Wirtschaftsforum Triestingtal sowie das Institut für KMU-Management der WU.

2.3. Community Co-operatives: Genossenschaftliche PCP-Modelle

In den Jahren 2008 bis 2010 beschäftigte sich das **RiCC** zuerst mit einer eigenfinanzierten Vorstudie im Rahmen von Projektseminaren und in weiterer Folge in einem vom Österreichischen Gemeindebund in Auftrag gegebenen Forschungsprojekt mit genossenschaftlichen Public Citizen Partnerships (PCP) als Alternative zur Lösung kommunaler Aufgaben. Die österreichischen Gemeinden stehen heute mehr denn je vor der Herausforderung, die Erwartungen ihrer Bürger an das kommunale Leistungsangebot bei gleichzeitig sinkenden Gemeindebudgets zu erfüllen. Blickt man auf aktuelle demographische Entwicklungen, so wird deutlich, dass Kommunen zukünftig verstärkten Herausforderungen, z.B. in den Bereichen Altenpflege aber auch Kinderbetreuung, gegenüber stehen werden.

Genossenschaftliche PCP-Modelle sind eine Möglichkeit, durch Kooperation der betroffenen Bürger mit der Gemeinde innovative Angebote zur Erfüllung

kommunaler Aufgaben zu schaffen. PCPs können dabei eine attraktive Alternative zu Public Private Partnerships (PPP) darstellen: Im Vergleich zu PPPs, bei denen Gemeinden kommunale Aufgaben zur Gänze an private, lokal oft nicht eingebettete Anbieter auslagern, sind PCPs eine Kooperationsform, die es der Gemeinde ermöglicht, mit den Bürgern Geschäfts- und Betreiberkonzepte gemeinsam zu erarbeiten und umzusetzen. So kann durch bürgerschaftliches Engagement nicht nur für eine Erhaltung, sondern idealerweise auch für eine Verbesserung des kommunalen Angebots gesorgt werden. Dabei kann das in der Gemeinde vorhandene Sozialkapital aktiviert und weiterentwickelt werden.

Im Zuge des Forschungsprojektes wurden in einem ersten Schritt Sekundärdaten aus PCP-Beispielen in Österreich und Deutschland analysiert. Danach wurden österreichische Gemeinden zur Erhebung von Primärdaten ausgewählt. In diesen Gemeinden bzw. mit relevanten Akteuren in den Gemeinden wurden qualitative Interviews, Workshops sowie quantitative Erhebungen mit dem Ziel durchgeführt, Entstehungshintergründe und Entwicklungsverläufe von PCPs zu analysieren, um Handlungsempfehlungen für das Management von PCPs abzuleiten.

Im Laufe des Projektes zeigte sich rasch, dass der notwendige „Leidensdruck“ zur Entstehung alternativer Partnerschaftsmodelle derzeit weder auf Seiten der Bürger noch der Gemeindevertreter gegeben ist. Bürger sehen keine Notwendigkeit für gemeinsame Anstrengungen zur Sicherung kommunaler Leistungen, da sie deren Angebot von der öffentlichen Hand erwarten und (noch) bekommen. Die Politik fördert wiederum diese Erwartungshaltungen, indem trotz fehlender finanzieller Ressourcen versucht wird, z.B. über „kreative Finanzierungen“ diese Leistungen anzubieten, anstatt deren langfristige Nichtfinanzierbarkeit zu kommunizieren. Die empirischen Ergebnisse des Projekts zeigen, dass auf Seiten der Bürger grundsätzlich Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement in der Gemeinde besteht. Diese Bereitschaft ist auch durch tatsächliche ehrenamtliche Tätigkeiten belegt. Das Engagement richtet sich allerdings hauptsächlich auf das regionale Vereinsleben (z.B. Ortserneuerung, Trachtenverein) ohne Bedeutung für zentrale kommunale Versorgungsleistungen. Auch von den Gemeindepolitikern wird dies ähnlich gesehen: Bürgerschaftliches Engage-

ment gilt als Bereicherung für das soziale Zusammenleben in der Gemeinde – als Steuerungsprinzip des Gemeinwesens wird es jedoch nicht gesehen. Bürgermeister, so zeigt die Studie, sehen sich häufig als reine „Verwalter“ von Infrastruktur und weniger als „Gesellschaftspolitiker“. Daher hat für sie organisiertes Bürgerengagement für das Gemeinwesen einen geringen Stellenwert. Obwohl laut einer OGM-Umfrage⁴³ 70% der Bürgermeister davon ausgehen, dass viele öffentliche Leistungen in Zukunft nicht mehr finanzierbar sein werden, fällt es ihnen schwer, das Angebot kommunaler Leistungen von der aktiven Mitarbeit der Bürger abhängig zu machen und Bürger nicht nur für operative Arbeiten heranzuziehen, sondern in Entscheidungsprozesse einzubinden. Die vom **RiCC** erhobenen Daten zeigen jedoch, dass mit der Qualifikation der Bürgermeister deren Bewusstsein wächst, dass die Gemeindeentwicklung nur gemeinsam mit den Bürgern vorangetrieben werden kann. Eine unabdingbare Voraussetzung für PCP-Modelle sind daher Bürgermeister, die in der Lage sind, Macht und Kontrolle ein Stück weit in den Wirkungsbereich des PCP-Modells abzugeben. Zwar wird zum Teil versucht, Bürgerbeteiligung zuzulassen, diese aber gleichzeitig auch zu kontrollieren, was PCP-Modellen die Basis entziehen kann: Ehrenamtliche Mitarbeit zur Kostenreduktion ist willkommen, Mitentscheidung durch die Bürger geht aber vielen Bürgermeistern doch zu weit und wird oft als Infragestellung der eigenen Funktion gesehen. Da PCP-Projekte unterschiedliche Interessen innerhalb der Gemeinde berühren, sind an deren Entwicklung heterogene Arbeitsgruppen beteiligt, was hohe Anforderungen an die Prozessbegleitung stellt. Generell müssen sowohl auf Seiten der Gemeindeführung als auch auf Seiten der Bürger gewisse Vorbedingungen (wie Bereitschaft zur Teilnahme, keine „hidden agenda“, Verständnis für die Notwendigkeit einer kooperativen Problemlösung, finanzielle Mittel zum Start des PCP-Projektes, sowie ein Grundkonsens zwischen den zentralen kommunalpolitischen Akteuren, auch über parteipolitische Grenzen hinweg) vorhanden sein.

Aufgrund der ausgeprägten Einbettung in die lokale Gemeinschaft können PCP-Genossenschaften auch als *Community Co-operatives* bezeichnet werden. Von Seiten der Praxis als auch der Forschung werden mit diesen Genossenschaften verschiedenste positive Effekte für die lokale Entwicklung

⁴³ OGM 2009

assoziiert, u.a. verbesserte Qualität öffentlicher Leistungen, Stärkung des sozialen Zusammenhalts und des bürgerschaftlichen Engagements, Aktivierung und Weiterentwicklung des vorhandenen Sozialkapitals. Die genossenschaftliche Identität dieser Organisationen unterscheidet sich von jenen in den traditionellen Genossenschaftssektoren vor allem dadurch, dass die Genossenschaft nicht direkt ihre Mitglieder fördert, sondern dem Gemeinwohl dienende Aufgaben erfüllt⁴⁴. Die Forschung zu *Community Co-operatives* ist daher notwendigerweise interdisziplinär angelegt und greift z.B. auf Modelle aus dem Public Management aber auch aus den Regionalwissenschaften zurück.⁴⁵ Die bisherige Forschung am **RiCC** zur Entwicklung eines Governance-Modells für *Community Co-operatives* hat gezeigt, dass für das Verständnis des genossenschaftlichen Steuerungsmechanismus in diesen Organisationen vor allem die Berücksichtigung des institutionellen und räumlichen Kontexts eine zentrale Rolle spielt.⁴⁶

3. Sozialkapital im genossenschaftlichen Wohnbau

In der Stadtentwicklung werden die Partizipation der Bewohner und deren bürgerschaftliches Engagement zunehmend als entscheidende Faktoren für die Lösung vielfältiger Probleme angesehen. In Wohnbaugenossenschaften wird dem gemeinschafts- und selbsthilfeorientierten Wohnen sowie der demokratischen Mitbestimmung der Bewohner ein besonderer Stellenwert zugeschrieben. Da genossenschaftliche Organisationen idealtypisch auf lokales Sozialkapital aufsetzen und auch laufend in dieses investieren, ist es nicht verwunderlich, dass in verschiedenen europäischen Städten in den letzten Jahren Wohnbau- und Stadtteilgenossenschaften zu wichtigen Akteuren der Stadtentwicklung geworden sind. In Wien hat die ausgeprägte institutionelle Rolle des gemeinnützigen Wohnbausektors im Rahmen der Stadtentwicklung lange Tradition.

Vor dem Hintergrund sich wandelnder Rahmenbedingungen auf den Wohnungsmärkten, geht das **RiCC** in diesem Forschungsschwerpunkt der Frage

⁴⁴ Somerville 2007

⁴⁵ Lang 2012

⁴⁶ Lang/Röbl 2011

nach, wie das Sozialkapital in den Wohnbauten des gemeinnützigen Sektors heute ausgeprägt ist und welche Maßnahmen von den gemeinnützigen Wohnbauträgern zur Förderung von Sozialkapital gesetzt werden. Zu diesem Zweck wurden in den Jahren 2010 und 2011 Erhebungen bei den Bewohnern von Bauten gemeinnütziger Wohnbauunternehmen in Wien durchgeführt. Ziel der standardisierten Fragebogenerhebungen war es, die nachbarschaftlichen Beziehungen in ausgewählten Wohnhausanlagen näher zu beleuchten und die konkreten Ausprägungen von Sozialkapital zu messen. Sozialkapital beinhaltet dabei ebenso den nachbarschaftlichen Austausch wie die bereits angesprochene Bereitschaft zur Durchsetzung kollektiver Interessen. Hausgemeinschaften, die über ausgeprägtes Sozialkapital verfügen, sind eher in der Lage, auf äußere Veränderungen als Kollektiv zu reagieren und z.B. auch bei Konfliktbewältigung das gemeinsame Wohlergehen im Auge zu behalten.⁴⁷ Der Datenerhebung auf Bewohner-Ebene wurden die Sicht des Managements des gemeinnützigen Wohnbauträgers und dessen Maßnahmen zur Förderung des Sozialkapitals gegenübergestellt.

Ein dazu vom Jubiläumsfonds der Stadt Wien gefördertes Forschungsprojekt läuft noch bis Mitte 2013. Von den Ergebnissen der Studie sollen Impulse für die Wiener Wohnbaupolitik, die genossenschaftliche Praxis und nicht zuletzt für die Bewohner selbst ausgehen, den Zusammenhalt und das kollektive Handeln in der Nachbarschaft zu fördern. Die Wiederbelebung der Gemeinschaftsidee und die Verstärkung der Mitbestimmung auf Nachbarschaftsebene sind aktuelle Anliegen von Wohnbaugenossenschaften. Dies macht sie im Hinblick auf soziale Nachhaltigkeit zu strategischen Partnern der Wohnbaupolitik. Doch können die Wohnbaugenossenschaften den dabei in sie gesetzten Erwartungen auch gerecht werden? Eine Voraussetzung dafür ist ihre Bereitschaft, über reine Verwaltungstätigkeiten hinauszugehen und auf Veränderungen innerhalb der Wohnanlagen und in der Gesellschaft (Stichwort „Integration“) flexibel zu reagieren. Die soziale Nachhaltigkeit ist daher nicht in erster Linie eine Frage des Angebots von wohnbezogenen Zusatzdienstleistungen, wie sie vielfach bereits zur Verfügung stehen. Vielmehr geht es um die Einbeziehung der Bewohner und damit um die Aktivierung der in der Organisation vorhandenen sozialen Ressourcen, womit

⁴⁷ Kennett/Forrest 2006

die traditionellen Genossenschaftsprinzipien der Selbsthilfe und Selbstverwaltung angesprochen sind.

Vor diesem Hintergrund werden mithilfe einer qualitativen Forschungsstrategie die verschiedenen Governance-Modelle im genossenschaftlichen Wohnbau auf ihr Potential untersucht, das Sozialkapital der Bewohner zu fördern und nachhaltig zu sichern. Im Sinne eines Mehrebenen-Designs geht die Analyse dabei über die Organisationsebene hinaus und berücksichtigt auch die Einbettung der Wohnbauträger in die institutionellen Strukturen der Wohnbaupolitik. Diesen organisationalen und institutionellen Rahmenbedingungen werden schließlich die empirischen Befunde zum vorhandenen Sozialkapital in Genossenschaftsbauten gegenüber gestellt.

Erste empirische Ergebnisse zeigen, dass in den traditionellen, noch durch Selbsthilfe gekennzeichneten Wohnhausanlagen von Siedlungsgenossenschaften Gemeinsinn und das Potential für Nachbarschaftshilfe vorhanden sind – das Sozialkapital unter den Bewohnern also vergleichsweise hoch ist. Dennoch eignen sich diese traditionellen genossenschaftlichen Wohnformen nicht mehr als Leitbild für eine sozial nachhaltige Stadtentwicklung, da dieses Modell, wie die empirischen Daten ebenfalls zeigen, wenig zur sozialen Durchmischung von Nachbarschaften in der Stadt beiträgt.⁴⁸ Die Bedeutung von Sozialkapital und Nachbarschaftshilfe hat vor allem für Bewohner mit eingeschränkter räumlicher aber auch sozialer Mobilität (z.B. für ältere Personen oder auch Migranten) hohe Bedeutung. Angesichts der soziodemografischen Herausforderungen wird die Solidarität auf Nachbarschaftsebene für den sozialen Zusammenhalt in der Stadt nicht an Bedeutung verlieren.

Die Auslotung des Zusammenhangs verschiedener Formen genossenschaftlicher Governance im Wohnbau und der Entstehung von sozialem Zusammenhalt ist auch ein zentrales Anliegen eines Special Issues des International Journal of Co-operative Management, für welches Richard Lang und Dietmar Röbl als Herausgeber fungieren und das 2013 erscheinen wird.

⁴⁸ Lang, Novy 2011

4. Genossenschaftsrechtliche Fragestellungen

4.1. Die Europäische Genossenschaft (SCE)

In Österreich wurde die Europäische Genossenschaft (SCE) im Zuge des Genossenschaftsrechtsänderungsgesetzes 2006 (BGBl I 2006/104) in die österreichische Rechtsordnung implementiert. Der SCE und ihrer nationalen Einführung wurde wissenschaftlich wenig Beachtung geschenkt. Auch in anderen Bereichen stieß die Möglichkeit, dass nun auch eine *europäische* Genossenschaft gegründet werden kann, auf wenig Interesse. Bis dato (März 2013) wurde in Österreich keine einzige SCE gegründet. Die meisten anderen EU-Mitgliedstaaten zeigen ein ähnliches Bild: In ganz Europa gibt es bisher nur 17 SCEs. Dies ist eine – nicht nur in Relation zu den nationalen Genossenschaften, sondern auch im Verhältnis zu dem mit der Schaffung der Rechtsform SCE verbundenen Aufwand – verschwindend geringe Zahl.

Hintergrund des Forschungsprojekts des **RICC** zur SCE („Study on the Implementation of the Regulation 1435/2003 on the Statute for a European Co-operative Society“) ist Artikel 79 der Verordnung, der vorsieht, dass die Europäische Kommission spätestens fünf Jahre nach dem Inkrafttreten der Verordnung 1435/2003 dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über den Erfolg der Verordnung sowie eventuelle Änderungsvorschläge vorlegen muss. Daher wurde von der Kommission das sogenannte „SCE Projekt“ an ein Konsortium bestehend aus *Co-operatives Europe*, *EKAI Center* und *Euricse* (Projektleitung) in Auftrag gegeben. Für jedes an der Studie teilnehmende Land wurden „Länderexperten“ mit der Erstellung eines nationalen Projektberichts beauftragt.

Das **RICC** war für die Erstellung des österreichischen Projektberichts verantwortlich. Im Winter 2009/2010 wurden Gespräche mit österreichischen Genossenschaftsexperten geführt. Der Fragenkatalog wurde in groben Zügen vom Forschungskonsortium vorgeben. Die Gliederung der Länderberichte war ebenfalls einheitlich. Mit diesem Vorgehen wurde sichergestellt, dass am Ende des Forschungsprojekts vergleichbare Berichte vorliegen. Die Gesamtbetrachtung und die abschließende Beurteilung der SCE-Verordnung wurden vom Konsortium vorgenommen. Schließlich wurden die Studien-

ergebnisse im Oktober 2010 im Rahmen einer Konferenz in Brüssel präsentiert.

Seit dem Unternehmensrechtsänderungsgesetz 2008 (BGBl I 2008/70) verweist das österreichische Genossenschaftsgesetz in § 1 Abs 3 auf die Zwecksetzungen der SCE. Es ist nun gänzlich unstrittig, dass eine Genossenschaft auch soziale Ziele verfolgen kann. Diese Neuerung ist eine der praktisch relevanteren Auswirkungen der SCE-Verordnung auf die nationale Rechtsordnung. Obwohl die österreichischen Experten der SCE durchaus Anwendungspotential bescheinigen, hat die SCE vor allem darunter zu leiden, dass sie keinen klar ersichtlichen Vorteil gegenüber anderen Gesellschaftsformen beziehungsweise den nationalen Genossenschaften bietet. Dazu kommt, dass die meisten Länder eigene SCE-Ausführungsgesetze geschaffen haben, die wiederum auf jeweils andere nationale gesetzliche Bestimmungen verweisen. Es wurde daher keine einheitliche neue europäische Rechtsform geschaffen, sondern der Grundstein für zahlreiche *nationale* SCEs gelegt. Die SCE-Studie sieht die größten Probleme der Verordnung daher vor allem in der fehlenden Unabhängigkeit der Verordnung von den nationalen Gesetzen und der generellen Komplexität der Regelung. Der SCE-Verordnung wird eher ein ideeller als ein praktischer Nutzen zugeschrieben. Im Ergebnis kommt das Konsortium zum Schluss, dass die SCE-Verordnung vereinfacht und vor allem die Verweise auf nationale Gesetze reduziert werden sollten. Ebenso sollte die bestehende Vielfalt der existierenden Genossenschaften stärker beachtet werden, was wiederum die Frage aufwirft, inwieweit eine *einheitliche* (europäische) Genossenschaft überhaupt denkbar beziehungsweise sinnvoll ist.

In Hinblick auf Österreich bleibt abzuwarten, ob in nächster Zeit eine SCE gegründet wird und welche praktischen (rechtlichen) Probleme sich in diesem Zusammenhang ergeben werden. Inzwischen wurden die Ergebnisse der SCE-Studie einer öffentlichen Konsultation unterzogen, deren Ergebnisse im Zuge des „Jahres der Genossenschaften 2012“ in Brüssel präsentiert wurden. Inwieweit es zu Regelungsanpassungen kommen wird und ob diese gegebenenfalls zu mehr SCE-Gründungen führen, kann allerdings noch nicht abgeschätzt werden.

4.2. Neue Rechtsformen für anwaltliche Zusammenschlüsse

Das vom Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank finanzierte und vom Institut für Unternehmens- und Steuerrecht der Universität Innsbruck (Prof. Alexander Schopper) gemeinsam mit dem **RiCC** durchgeführte Forschungsprojekt untersucht interdisziplinär das Potential der Rechtsformen Genossenschaft, GmbH & Co KG und LLP als mögliche Rechtsformen für Zusammenschlüsse von Rechtsanwälten in Österreich.

Die Freien Berufe – insbesondere Rechtsanwälte – stehen wachsenden Herausforderungen gegenüber. Der Kreis der Mandanten wird internationaler und somit auch die zu bearbeitenden Fragestellungen. Zudem wird die Konkurrenz durch „law firms“ für kleine Kanzleien und Einzelanwälte größer. Neue Formen der Zusammenarbeit und geeignete Rechtsformen für die verschiedenen Zusammenschlüsse sind daher von großer Bedeutung. Aber auch für größere Kanzleizusammenschlüsse ist die Frage der geeigneten Rechtsformwahl von steigender Bedeutung. Die dafür zur Verfügung stehenden Rechtsformen werden durch die österreichische Rechtsanwaltsordnung (RAO) eingeschränkt. Derzeit stehen den Rechtsanwälten für ihre berufsrechtlichen Zusammenschlüsse die GesBR, die KG, OG und die GmbH zur Verfügung. Insbesondere in Deutschland wird seit einigen Jahren intensiv die Frage diskutiert, ob die der Anwaltschaft zur Verfügung stehenden Rechtsformen noch ausreichend sind. Das hat dazu geführt, dass in Deutschland die „Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung“ (PartG mbB) kurz vor der Einführung steht. Im Wege der europäischen Niederlassungsfreiheit wird die Diskussion früher oder später auch Österreich erfassen. Im Vordergrund steht jedoch die bis dato nicht geklärte Frage, welche Anforderungen die Rechtsanwälte an die Rechtsformen für ihre Zusammenschlüsse stellen.

Von diesen Bedingungen ausgehend bearbeitet das vorliegende Forschungsprojekt drei Fragestellungen:

-
- Was sind die zentralen Argumentationen für die Kooperationsbeschränkungen der RAO?
 - Welche Anforderungen stellen Rechtsanwälte an ihre berufsrechtlichen Zusammenschlüsse und an Rechtsformen für ihre Zusammenschlüsse?
 - Welches Potential könnten die Rechtsformen der LLP, der GmbH & Co KG und der Genossenschaft entfalten?

Es wird eine sozialwissenschaftliche Erhebung der Bedürfnisse der Rechtsanwälte durchgeführt und eine Rechtsformenanalyse vorgenommen. Aufgrund der für den Bereich der Rechtswissenschaft relativ neuen Methode einer qualitativen und quantitativen Erhebung sind interessante Ergebnisse mit hohem Praxisbezug zu erwarten.

Quellen

- Enjolras, B. (2009): A Governance-Structure Approach to Voluntary Organizations, in: *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*, 38/5/761-783.
- Fink, M. / Hatak, I. / Schulte, R. / Kraus, S. (2011): Verträge, Vertrauen und Unternehmenserfolg in Automobilclustern, *Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung*, 63/7/689-710.
- Fink, M. / Rößl, D. (2007): Koordination von Kooperationen durch Selbstverpflichtung – wenn Markt und Hierarchie versagen, *Zeitschrift für KMU und Entrepreneurship*, 55/2/118-136.
- Hatak, I. (2011a): *Kompetenz, Vertrauen und Kooperation*, Frankfurt/Oxford/New York: Peter Lang.
- Hatak, I. (2011b): Sozial- und Persönlichkeitskompetenz in interorganisationalen Kooperationen, *Zeitschrift für KMU und Entrepreneurship*, 59/1/21-40.
- Hatak, I. / Lang, R. / Rößl, D. (2011): Trust, Social Capital and the Governance of Co-operatives, Paper präsentiert auf der EMNet Conference, Limassol.
- Hatak, I. / Rößl, D. (2011): Correlating Relational Competence with Trust, *Journal of Information Processing*, 19/-/ 221-230.
- Hatak, I. / Rößl, D. (2010): Trust Within Interfirm Co-operation: A Conceptualization, *Our Economy*, 56/5-6/3-10.
- Kennett, P. / Forrest, R. (2006): The Neighbourhood in a European Context, *Urban Studies*, 43/4/713-718.

Lang, R. (2008): Regional Development Tool-Box: Leitfaden zur Unterstützung von Geschäftsideen durch regionale Vernetzung, in: RiCC-research report 2008/5.

Lang, R. (2012): Linking the organizational, societal and territorial perspectives on place-based co-operative governance, Dissertation, Wirtschaftsuniversität Wien.

Lang, R. / Fink, M. (2008): Theorie und Fallstudien zum Kooperationsmanagement, in: RiCC-research report 2008/6.

Lang, R. / Novy, A. (2011): Housing Co-operatives and Social Capital: The Case of Vienna, SRE-Discussion Papers, SRE-DISC 2011/02.

Lang, R. / Rößl, D. (2011): Contextualizing the Governance of Community Co-operatives: Evidence from Austria and Germany, *Voluntas*, 22/4/706-730.

OGM (2009): Mehr Staat – weniger Privat?, Befragung 2009, Wien.

Pleitner, H. J. / Rößl, D. (1995): Wirtschaftsförderung unterhalb der Wirtschaftspolitik – der Beitrag zwischenbetrieblicher Kooperation, in: Brandenburg, A. (Hrsg.): Standpunkte zwischen Theorie und Praxis – Handlungsorientierte Problemlösungen in Wirtschaft und Gesellschaft, Bern/Stuttgart/Wien: Paul Haupt, 671-689.

Rößl, D. (1996): Selbstverpflichtung als alternative Koordinationsform von komplexen Austauschbeziehungen, *Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung*, 48/4/311-334.

Rößl, D. (1994): Gestaltung komplexer Austauschbeziehungen – Analyse zwischenbetrieblicher Kooperation, Wiesbaden: Gabler.

Rößl, D. / Fink, M. / Hatak, I. (2012): Der systemtheoretische Beitrag: Die Überwindung doppelter Kontingenz durch Vertrauen, in: Rößl, D. (Hrsg.): *Relationship Management für KMU*, 2. Aufl., Wien: Facultas, 59-76.

Somerville, P. (2007): Co-operative Identity, *Journal of Cooperative Studies*, 40/1/5-17.

Autorinnen und Autoren

Christoph Badelt, o.Univ.-Prof. Dr. ist Rektor der Wirtschaftsuniversität Wien. Seine akademische Karriere führte von Assistentenstellen am damaligen Institut für Volkswirtschaftstheorie und -politik über eine mehrjährige Tätigkeit als Gastprofessor an der University of Wisconsin in Madison sowie an der Universität Klagenfurt bis zur ordentlichen Professur für Wirtschafts- und Sozialpolitik an der WU. 1998 - 2002 bekleidete Christoph Badelt das Amt des Vizerektors für Infrastruktur, seit 2002 fungiert er als Rektor der WU. Darüber hinaus war er von 2005 - 2009 Präsident der österreichischen Universitätenkonferenz und ist Vizepräsident des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitutes (WIFO).

Isabella Hatak, Dr. MA MSc, ist Universitätsassistentin am Institut für KMU-Management und Senior Researcher am **RI**CC – Research Institute for Co-operation and Co-operatives der Wirtschaftsuniversität Wien. Während ihrer mit Auszeichnung abgeschlossenen Studien hat sie praktische Erfahrungen in deutschen, österreichischen und tschechischen Unternehmen gesammelt. Für ihre Forschung zu Kooperationen wurde sie mehrfach ausgezeichnet (z.B. Dr. Maria Schaumayer-Preis, WU Top-Journal Award). Darüber hinaus ist Isabella Hatak akademisch zertifizierte systemische Personalentwicklerin und Organisationsberaterin.

Hans Hofinger, Prof. DDr. ist seit 1985 Verbandsanwalt und Vorstandsvorsitzender im Österreichischen Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch). Er ist Vizepräsident der Internationalen Volksbankenvereinigung CIBP und Lehrbeauftragter an der Wirtschaftsuniversität Wien. Im Jahr 2000 hat er vom BM für Bildung, Wissenschaft und Kultur den Berufstitel Professor erhalten. Er promovierte 1973 zum Dr.iur. in Salzburg und 1978 zum Dr.rer. soc.oec. an der WU. Ab 1974 war er Assistent am Institut für Verfassungs- und Verwaltungsrecht der WU. 1975 wurde er als Mitarbeiter in die Rechtsabteilung der Österreichischen Volksbanken-AG berufen.

Richard Lang, Dr., ist Universitätsassistent am Institut für KMU-Management und Senior Researcher am **RI**CC – Research Institute for Co-operation and Co-operatives der Wirtschaftsuniversität Wien, wo er nach dem Studium in Linz und Leuven seine Promotion mit Auszeichnung abgeschlossen hat. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen die Themenbereiche Sozialer Wohnbau und Stadtentwicklung, Bürgergenossenschaften, Sozialkapital, sowie

Governance und Zivilgesellschaft. Für seine Forschung wurde er unter anderem von der WU mit Top Journal Publication Awards in den Jahren 2011 und 2012 ausgezeichnet.

Josef Mugler, o. Univ.-Prof. Dkfm. Dr., ist seit 2010 im Ruhestand, war von 1982 – 2010 Inhaber des Lehrstuhls für Betriebswirtschaftslehre des Gewerbes und der Klein- und Mittelbetriebe, Vorstand der gleichnamigen Abteilung bis 1989 und von 1989-2010 Vorstand des Instituts für Betriebswirtschaftslehre der Klein- und Mittelbetriebe der Wirtschaftsuniversität Wien (jetzt: Institut für KMU-Management). Er studierte hier von 1966-72 und war von 1971-1982 Assistent an der Wirtschaftsuniversität Wien. Im Studienjahr 1980/81 hatte er als Gastdozent eine Lehrstuhlvertretung für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der Universität Innsbruck inne. Mugler war Mitglied in zahlreichen internationalen Organisationen und Redaktionen von Fachzeitschriften.

Elisabeth Reiner, Mag. iur., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Unternehmens- und Steuerrecht der Universität Innsbruck und am **RiCC** – Research Institute for Co-operation and Co-operatives der Wirtschaftsuniversität Wien. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Wien absolvierte sie ihre Gerichtspraxis bevor sie ihre wissenschaftliche Laufbahn am **RiCC** begann. Seit August 2012 arbeitet sie zusammen mit Prof. Alexander Schopper an einem OeNB- Jubiläumsfonds-Projekt zum Thema „Neue Rechtsformen für Anwaltskooperationen“.

Dietmar Rößl, Prof. Dr. ist Vorstand des **RiCC** – Research Institute for Co-operation and Co-operatives sowie des Instituts für KMU-Management der Wirtschaftsuniversität Wien. Seine akademische Karriere führte über Assistentenstellen am damaligen Institut für BWL des Gewerbes und der Klein- und Mittelbetriebe sowie am Forschungsinstitut für BWL der Genossenschaften über mehrjährige Gastprofessuren an den Universitäten Cheb/Pilsen sowie Bozen zu seinen heutigen Positionen. Für seine Lehr- und Forschungstätigkeit sowie seine Publikationen wurde er mehrfach ausgezeichnet. Auch fungiert er als Gutachter für internationale Fachjournale und als Programm- direktor für wissenschaftliche Tagungen.

Walter Rothensteiner, Dr. rer.soc.oec. ist Generalanwalt des Österreichischen Raiffeisenverbandes und Generaldirektor und Vorstandsvorsitzender der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (RZB). Schon während des Studiums begann er in der Raiffeisenlandesbank Niederösterreich und war dort zuletzt Mitglied der Geschäftsleitung. Nach einigen Jahren im Vorstand von Industrieunternehmen (Leipnik Lundenburger, Agrana) der Raiffeisen Gruppe, wechselte Walter Rothensteiner 1995 an die Spitze der RZB. Er ist auch Vorsitzender in diversen Aufsichtsräten sowie Mitglied des Generalrates der Oesterreichischen Nationalbank und Obmann der Bundessparte Bank und Versicherung in der WKÖ. Auch in verschiedenen sozialen und kulturellen Einrichtungen ist er tätig. Der Wirtschaftsuniversität Wien ist er als Ehrensenator und Präsident des Kuratoriums zur Förderung der WU Wien aber auch als Mitglied des Alumni Clubs verbunden.

Karl Wurm, Mag. MBA, ist Obmann des Österreichischen Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen – Revisionsverband und Geschäftsführer der gemeinnützigen Bauvereinigungen GEWOG und Neue Heimat. Er studierte Volkswirtschaftslehre an der WU und der Universität Wien und absolvierte ein postgraduales Managementstudium an der WU. Seit 2005 ist Karl Wurm Lektor an der WU, überdies fungiert er als parlamentarischer Experte in wohnrechtlichen- und wohnwirtschaftlichen Fragen, auch kann er auf zahlreiche Publikationen zu wohnungswirtschaftlichen Themenstellungen verweisen.

**RiCC – Research Institute for
Co-operation and Co-operatives
(Forschungsinstitut für Kooperationen
und Genossenschaften)**

WU (Wirtschaftsuniversität Wien /
Vienna University of Economics and Business)
Augasse 2–6, 1090 Wien, Austria

Neue Adresse ab Okt 2013:
Welthandelsplatz, 1020 Wien, Austria

T +43-1-313 36-4332

E-Mail: ricc@wu.ac.at
www.wu.ac.at/ricc